

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark...

Der 'Vormärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt'...

Telegraphen-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vormärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 30. Juli 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Kiesensskandal im Reichstag.

Ein unmöglicher Vizepräsident.

Die Kerpstätt des schwer überlasteten Reichstages hat gestern abend in überaus stürmischen Szenen ihre Entladung gefunden...

förmliche Schlacht von Ruf und Gegenruf.

bis der Kommunist Jadasch sich auf den Zentrumsoabgeordneten Esser zu stürzen versuchte...

Ruf hätte selbstverständlich der Kommunist Bierath seine durch den Zwischenfall unterbrochene Rede fortsetzen müssen...

plötzlich die Einsicht, daß er Unfug gemacht

hatte. Er sah sich aber dadurch nur zu einer neuen Dummheit veranlaßt...

ihren Plätzen zu erheben. Die Sozialdemokraten beteiligten sich an dieser geschäftsordnungswidrigen, das parlamentarische Recht beugenden Abstimmung nicht...

Sitzung abermals zu unterbrechen

und den Kesttenrat nochmals einzuberufen. 10 Minuten vor 10 Uhr bestieg Herr Graef abermals mit etwas bekümmertem Miene den Stuhl seiner Leiden...

Dann wird die Reichssteuerreform zugunsten der Kirche mit einer kleinen Wänderung — die Exekutive soll nur einreden, wenn eine förmliche Weigerung des Landes erfolgt — von den Regierungsparteien angenommen.

Es folgt eine Rede des Kommunisten Rosenberg, der einen Wänderungsantrag begründet. Nach der Rede stellt der Vizepräsident fest, daß der Antrag, für den Rosenberg gesprochen hatte, bereits abgelehnt sei...

Dann wurde der Rest des Einkommensteuergesetzes in zweiter Lesung angenommen. Schluß 11 Uhr nachts.

Die Gewerkschaftsführer beim Reichskanzler

Gegen den Vorstoß der Unternehmer. — Auch die christlichen Gewerkschaften gegen das Zollkompromiß.

Am Mittwoch vormittag fand in der Reichskanzlei ein Empfang der Gewerkschaftsvertreter durch den Reichskanzler zur Besprechung der kritischen Lage des Bergbaues...

Genosse Dismann,

der den Vorstoß der Ruhrunternehmer als einen Versuch bezeichnete, die Regierung für die Arbeitgeberwünsche, insbesondere auf steuerpolitischem Gebiete, gefügig zu machen...

Der Hirsch-Dundersche Metallarbeiterführer Czieslik charakterisierte die systematischen und unbegründeten Arbeiterentlassungen in der rheinisch-westfälischen Großhüttenindustrie als eine

Rache der Unternehmer wegen der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches.

Von größter Wichtigkeit, zumal in Anbetracht der Haltung der Zentrumsfraktion im Reichstage, waren die Ausführungen des Vertreters der christlichen Bergarbeiter, Rütten, der u. a. schwere Bedenken gegen die Zollvorlage äußerte...

Genosse Graßmann,

der den wirtschaftlichen Hintergrund der Ruhrkrise besprach und betonte, daß diese schwere Krise nur durch eine internationale Reorganisation der Arbeitsteilung der europäischen Produktionskräfte behoben werden könnte...

diese Schwierigkeiten im wesentlichen auf die Arbeiterschaft abgewälzt werden müssen. Von der Regierung müsse gefordert werden, daß auch sie diesen Standpunkt bekämpfe.

Im Namen des Gewerkschaftsrings wies Abg. Lemmer unter anderem auf den Widerspruch in der Haltung der Montanindustriellen hin, die einerseits weitgehenden Schutz zoll forderten...

Zahlenmaterial der Arbeitgeber für tendenziös übertrieben

erklärt. Vom Reichskanzler wäre zu erwarten, daß er in aller Offenlichkeit solchen falschen Behauptungen entgegen träte.

Als Vertreter des alten Bergarbeiterverbandes besprach Schmidt-Bochum die Ursachen der Arbeitslosigkeit und forderte u. a. die Regierung auf, durch umfangreiche Maßnahmen auf dem Gebiet der Siedlung usw. dafür zu sorgen, daß die durch die Entwicklung der elektrischen Industrie auf Kosten des Bergbaues beschäftigungslos werdenden Bergarbeiter Arbeits- und Wohnungsmöglichkeiten in den neuen Industriezentren geschaffen werden.

Nach während der Ausführungen der letzten Gewerkschaftsredner hatte sich der Reichskanzler Luther von seinem Platz erhoben und war ohne ein Wort der Erklärung verschwunden! Somit beteiligte er sich mit keiner Silbe an der Aussprache mit den Vertretern der Arbeiterschaft...

Dr. Brauns

versprach, daß die Regierung die Argumente der Gewerkschaften sorgfältig prüfen werde und betonte, daß sie sich bisher auch gegenüber den Unternehmervertretern bei deren Empfang in der vergangenen Woche in keiner Weise gebunden habe...

Sorge um die Ernte.

Der Regierungsblock macht Steuern in Reifestimmung!

Wenn es nach den bürgerlichen Parteien ginge, dann wäre die große Steuerreform lautlos unter Dach und Fach gebracht worden. Was von den Regierungsparteien hinter Schloß und Riegel ausgeklüßelt worden ist...

Das ist bei der Einkommensteuer der Fall, über die zwei Tage im Reichstag verhandelt worden ist. Sie ist die wichtigste Steuer, nicht nur der Höhe des Ertrages nach, sondern auch, weil sie durch ihre bis in die niedrigsten Einkommen hineinreichende Belastung fast die Hälfte des Volkes erfaßt...

An anderer Stelle dieses Blattes werden die neuen Anträge der Regierungsparteien zur Lohnsteuer besprochen. Aber zeigt nicht bereits die Tatsache, daß man die selbst beantragten Beschlüsse des Steueraususses in wenigen Tagen preisgeben muß, wie unüberlegt und leichtfertig man in dieser bedeutungsvollen Frage gehandelt hat? Es ist die Empörung der großen Massen der Lohnsteuerpflichtigen und die schroff ablehnende Haltung der Sozialdemokratie gewesen, die den Regierungsparteien beigebracht hat, daß die Beschlüsse des Steueraususses zur Lohnsteuer sachlich unmöglich sind...

In Wirklichkeit ist auch das Ringen um die Lohnsteuer nicht ein Ausfluß irgendwelcher Obstruktionsabsichten, sondern die Folge der mangelnden Jugeständnisse in bezug auf die Wänderung der Lohnsteuer. Der Vorwurf, den gestern die sozialdemokratischen Redner der Regierung ins Gesicht geschleudert haben, daß ihre Haltung zur Lohnsteuer unsozial, engherzig und fiskalisches sei, kann nicht widerlegt werden...

Das alles wissen auch die Regierungsparteien. Und wenn sie trotzdem an ihm festhalten, so deshalb, weil sie nicht zugestehen wollen, daß die sozialdemokratischen Vorschläge besser und richtiger sind, und ferner deshalb nicht, weil sie nach wie vor aus der Lohnsteuer höhere Erträge herausziehen wollen, als sie im Voranschlag vorgesehen sind...

Roch besser aber zeigt ein anderes Vorkommnis aus der gestrigen Sitzung des Reichstages das rücksichtslose Verhalten der Regierung und der Regierungsparteien. Von der Sozialdemokratie war beantragt worden, daß Heimarbeiter, deren Einkommen niedriger ist als das Existenzminimum, steuerfrei sein sollen...

Als nach einer mit größter Spannung aufgenommenen Rede der Genossin Arning ein Regierungsvertreter schroff die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags erklärte, da gab es auf den Bänken der Sozialdemokraten nur ein Gefühl der Empörung...

empört gegen die Regierung. Erst unter diesem Druck bequente sich der Staatssekretär Popitz, die Erfüllung des sozialdemokratischen Verlangens für die dritte Lesung zu versprechen. Es ist also eine elende Lüge, wenn die Reichspresse behauptet, daß die Sozialdemokratie die Steuergesetze nur unter parteipolitischen Gesichtspunkten ansieht und nicht unter sachlichen.

Das ist gerade der Fall bei dem Rechtsblock. Er sucht jetzt wahr zu machen, was Stresemann und Luther als Ziel dieser Regierung angekündigt haben: eine Wirtschaftsgesetzgebung gegen die Sozialdemokratie und gegen die Arbeiterklasse. Diese Absicht ist jetzt im vollen Zuge. Man sieht sich kurz vor dem Ziel und ist erobert darüber, daß man die Ernte nicht so schnell in die Scheuern bringen kann, wie es das Ferien- und Ruhebedürfnis der bürgerlichen Abgeordneten wünscht.

Der Herren mögen es sich gesagt sein lassen: die sozialdemokratischen Abgeordneten haben dieses Ruhe- und Ferienbedürfnis nicht. Sie wollen, daß die großen Entscheidungen in der Steuer-, Zoll- und Wirtschaftspolitik mit Ruhe und Sachlichkeit getroffen werden. Das sind sie nicht nur ihren Wählern, sondern auch dem deutschen Volke schuldig, dessen Interesse jetzt zugunsten einer kleinen Schicht von Besitzenden preisgegeben werden soll.

## Ein Gewaltstreich?

### Auffällige Drohungen der Rechtspresse.

Die „Deutsche Tageszeitung“ und der „Volk-Anzeiger“ kündigen an, die Reichsregierung werde, wenn die Zollvorlage nicht vor der Vertagung des Reichstags erledigt werde, „die notwendigen Beschlüsse durch anderweitige Maßnahmen verwirklichen“. Danach scheint man in den Reihen der Regierung und der ihr ergebenen Parteien nicht allzu viel Vertrauen auf den Appell an das Pflichtbewußtsein der deutschnationalen Reichstagsabgeordneten zu setzen. Man dreht den Revolver um und richtet ihn zur Abwechslung einmal auf die Opposition.

Die Frage bleibt nur, was die Hintermänner der auffälligen Notiz unter den „anderweitigen Maßnahmen“ verstehen. Spielt man etwa mit dem Gedanken eines neuen Ermächtigungsgesetzes oder einer Änderung der Geschäftsordnung, die es ermöglichen würde, die Zollvorlage in einem Ramisch zu erledigen? Derartige Gewaltmaßnahmen in einer so einschneidenden Frage und in einer Zeit, die ein derartiges Vorgehen in keiner Weise rechtfertigt, würden zwar den deutschnationalen Junkern durchaus ähnlich sehen, aber zu ihrer Verwirklichung ist das Einverständnis des Zentrums nötig. Das wissen die Inspiratoren der Gewaltgedanken nur zu genau, und deshalb richtet die „Deutsche Tageszeitung“ einen Aufruf an das Zentrum, in dem es heißt:

Koalitionen haben erst dann den Beweis ihrer Tragfähigkeit erbracht, wenn sie auf eine Summe beachtlicher Leistungen zurückzuführen können. Die gemeinsame Arbeit und die gemeinsame Verantwortung führt die Parteien wie die einzelnen näher zueinander und bildet ein immer fester werdendes Band, von dem wir ja aus der neudeutschen Geschichte wissen, wie haltbar es unter Umständen sein kann. Wenn also der Wille zum Fortbestand der gegenwärtigen Koalition im Reiche vorhanden ist — und das scheint uns so zu sein —, dann erfordert auch dieser wieder als logische Konsequenz: Durchbiegen!

Der Sinn des Appells ist eindeutig. Nachdem das Zentrum den Brotwucherplänen der Ostelbier seine Zustimmung gegeben hat, verlangen die Landbündler von ihm auch noch, daß es seine Unterschrift zu einer Vergewaltigung der Verbraucherpartei gibt, da die Herren Großagrarien zu bequem sind, den Kampf um ihren Brotwucher persönlich durchzuführen. In dem einen Punkt muß man den Spekulanten auf die Befissenheit anderer

jedenfalls recht geben: weist das Zentrum das tolle Anfeuern nicht entschieden zurück, dann verkauft es sich damit reitungslos der agrarisch-schwerindustriellen Reaktion und die Zentrumsarbeiter hätten das Nachsehen.

## Hochbetrieb im Zollausschuß.

### Lebensmittelzölle und Ermächtigung in erster Lesung durchgepeitscht.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Zollausschlußsitzung legte Genossin Schroeder dar, daß sich die Wirkungen des lächerlichen Zolltarifs geradezu verberberisch auswirkten. Die Regierung erklärte u. a. in ihrer „Begründung“, die Wiedereinführung von Zöllen sei erforderlich auch im Interesse der zahlreicheren Arbeiterklasse. Man schiebt also zur Abwechslung einmal soziale Gründe vor. Dabei beträgt die Einfuhr in den Monaten Januar bis Mai 1925 ganze 2285 Doppelzentner, die Ausfuhr dagegen 45 888 Doppelzentner.

Zölle auf die Margarine bedeute bei der ganzen Konfession in dieser Industrie eine Prämie für das ausländische Kapital.

Der Einfluß des ausländischen Kapitals ist so groß, daß es 65 Proz. der gesamten deutschen Produktion kontrolliert. Zölle auf Käse dürfen selbstverständlich nicht fehlen. Auch hier kommt deutlich der agrarische Verberber zum Vorschein. Dabei wird durch die Zölle auf diese Produkte die Lebenshaltung der minderbemittelten Bevölkerung außerordentlich beinträchtigt. Die arbeitenden Kreise sind gezwungen, das minderwertigere Produkt zu kaufen, weil es billiger ist. Sie würden gerne für sich und ihre Kinder die Qualitätsware nehmen, müssen aber aus materiellen Gründen darauf verzichten. Und nun wird diesen Armen die Konsumtion durch die Zölle erschwert, ja fast völlig unmöglich gemacht. Volkswirtschaftliche und bevölkerungspolitische Gründe verlangten, daß namentlich in diesem Falle das Gruppeninteresse der Margarineindustrie zurücktreten müsse hinter die sozialen Forderungen der großen Masse unseres Volkes.

Gen. Peine fragte erneut den Minister, da die tags zuvor erteilte Antwort sehr ungenügend war, wie er sich die praktische Durchführung der von den Zollparteiern beantragten

Regelung bei der Verteilung der konfignierten Gefrierfleischmengen

denke. Praktisch laufe der Antrag auf eine Täuschung hinaus; er maskiert die schwarze Absicht, im vermeintlichen Interesse der Landwirtschaft die Einfuhr von Gefrierfleisch absolut zu unterbinden. Wenn es der Regierung ernst sei, daß Gefrierfleisch herinkomme, dann müsse sie sich freimachen von den angelegten Bindungen und sich namentlich der Genossenschaften und ihrer Zentraleinrichtungen zur Verteilung bedienen.

Der Minister ließ darauf erklären, daß die Regierung auf die Wittivung der Genossenschaften den größten Wert lege.

Sehr entschieden wendete sich auch der demokratische Abgeordnete Hiesler gegen die Zölle auf die genannten Produkte. Vor allen Dingen wäre notwendig gewesen, nicht nur die interessierten Wirtschaftskreise zu hören, sondern auch Ärzte und sonstige Kenner der Gesundheitsverhältnisse, um die verberbernde Wirkung einer erneuten Erhöhung der Lebensmittelpreise zu prüfen.

### Als Verteidiger der Margarinezölle

erhob sich darauf ein Zentrumsmitglied und zwar der Direktor der christlichen Genossenschaften, Herr Schlaad aus Duisburg. Er verneinte die schismatische Wirkung der Margarinezölle vor allen Dingen auch damit, daß 60 Proz. der Rohprodukte zollfrei heiden sollten. Darüber hinaus seien aber Zölle, um die ausländische Konkurrenz fernzuhalten, eine unbedingte Notwendigkeit. Herr Schlaad war 1922 einer der entschiedensten Kämpfer gegen die damalige Zollvorlage. Er hat sich jetzt zum Schutz zöllner entwickelt. Wie seine christlichen Genossenschaftsmitglieder sich dazu stellen werden, ist eine Frage, die hier nicht zu beantworten ist.

Ihm entgegenetzte kurz aber treffend der Gen. Nowak, der gerade auf Grund der von Schlaad angeführten Tatsachen in der Lage war, nachzuweisen, daß der angebliche Schutz eine sehr überflüssige Sache ist und daß im übrigen der soziale Schaden nicht abgeleugnet werden könne.

Den Rest der Positionen bilden

### Getränke verschiedener Art.

Dabei verlangte Gen. Sollmann Zollfreiheit auf Mineral-

wasser, umso mehr, als sich die in Frage kommenden Wirtschaftskreise selbst dafür ausgesprochen haben.

Die Regierung sprach sich im Prinzip ebenfalls dafür aus, bei den Sägen handle es sich nur um Verhandlungszölle.

Es folgten Abstimmungen.

Der Antrag der Sozialdemokraten auf Befreiung der Mindestzölle für Fleisch wurde von dem geschlossenen Zollblock abgelehnt. Ebenso die übrigen Anträge, die zum großen Teil Zollfreiheit verlangten für Margarine, Zette aller Art, Eier, Geflügel usw.

Angenommen wurden mit der üblichen Mehrheit die Sätze der Regierung, oder die Anträge der Komromisparteien.

Dann trat der Ausschuß in die

### Beratung des Gesetzes selber

ein. Ueber die Paragrafen, die das Einfuhrschemen wieder einführen wollen, entspann sich eine längere Debatte. Die Genossen Henke und Hülsberg begründeten einen sozialdemokratischen Eventualantrag, der vorsieht, daß bei einem Beschluß entsprechend der Regierungsvorlage die Einfuhrschemen für Roggen, Weizen und Spelz auch nur ausschließlich bei diesen Getreidearten verwendet werden dürfen.

Ein Zentrumsredner erklärte sich im Namen der Regierungsparteien mit dem Vorschlag einverstanden, dennoch wurde der sozialdemokratische Antrag niedergelassen. Die Regierung wurde beauftragt, wegen dieser Frage noch einmal mit den Parteien zu verhandeln. Das Resultat ist sehr zweifelhaft.

Eine lebendige Debatte entspann sich bei den Anträgen des

### Zollblocks, die für die Regierung eine gewisse Ermächtigung

verlangen.

Gen. Brellscheid wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen einen so gestalteten Verfassungsbruch. Er berief sich dabei auf ein Gutachten des Juristenorgans aus dem Jahre 1921. Es müßte nichts. Auch nicht der Hinweis auf die Konsequenzen, die sich aus einem derartigen Verfahren ergeben müßten.

Der Volksparteiler von Raumer bestritt die verfassungsändernde Tendenz. Nach seiner Ueberzeugung handelt es sich nur um eine ganz harmlose Angelegenheit. Ihm assistierte Ernährungsminister v. Raath, der dann auch das niedrige Geständnis machte, daß dieser Weg auch den Zweck verfolge, etwaige innerpolitische Konflikte möglichst zu vermeiden.

Dann trat der Abstimmungsautomat in Tätigkeit.

Die Ermächtigung wurde beschlossen, und das Gefrierfleischkontingent mit der Wohlfahrtsklausel gutgeheißen.

Dabei entspann sich noch einmal eine erregte Zwiegespräche, als die Genossin Sender das heuchlerische Spiel von Regierung und Blockparteien kennzeichnete. Dem Zentrum war sichtlich wenig wohl.

Am Donnerstag beginnt die zweite Lesung der Vorlage. Dabei wird man sich jedoch auf eine Behandlung der Beschlüsse in der ersten Lesung beschränken.

## Die überflüssige Tabaksteuererhöhung.

### Doppeltes Recht bei der Steuerentziehung.

Aus Kreisen der Zigarettenindustrie wird uns geschrieben:

Während die Zollämter auf höhere Anordnung die endgültige Auflösung tabaksteuerrückständiger Mittel- und Kleinbetriebe der Zigarettenindustrie betreiben, wird aus zuverlässiger Quelle bekannt, daß der Zasmah-Keemisma-Konzern vom Reichsfinanzministerium ein Tabaksteueramortatorium ohne Sicherheit bis zum 31. Dezember d. J. bewilligt bekommen hat. Es ist vollkommen unverständlich, wie unter solchen Verhältnissen die Vertreter des Reichsfinanzministeriums in den Verhandlungen über die geplante Erhöhung der Tabaksteuer für Zigaretten ständig versichern konnten, die Klagen über die Notlage der Zigarettenindustrie seien übertrieben. Vollends unbegreiflich aber ist es, daß durch derartige Maßnahmen zweierlei Recht geschaffen wird. Die Bemühungen der bedrohten Mittel- und Kleinbetriebe, die ja heute längst für verhältnismäßig geringe Steuerzuschüsse beim Fiskus non diesem gepfändet sind, können nicht die geringste Stundung erlangen; Großbetriebe, die durch Privatfiskus schwer belastet sind, erhalten sicherheitslos ein derartiges Moratorium. Wenn die geplante Tabaksteuererhöhung nicht noch in letzter Stunde zur Ablehnung kommt, wird freilich eine solche Umwälzung der Zigarettenpreise Platz greifen, daß auch diese einseitige Bevorzugung den Zusammenbruch der noch verbleibenden Fabriken schwerlich aufhalten wird.

## Werkarbeit für Schule und Leben

### Glossen zur pädagogischen Woche in Nürnberg.

Wer den Feind bekämpfen will, muß ihn im eigenen Lager aufsuchen. Die sozialistischen Pädagogen erweisen unserer Sache keinen Dienst, wenn sie die Kongresse der bürgerlichen Schulreformer nicht besuchen oder nur als passive Zuschauer sich an ihnen beteiligen. Die Tagung „Werkarbeit für Schule und Leben“, die vor kurzem die Anhänger der sogenannten Arbeitsschule in Nürnberg vereinigte, wäre sicher lebendiger und reicher an Erkenntnissen gewesen, wenn die marxistisch geschulten Pädagogen ihre Anschauung und Einwände kräftiger zur Geltung gebracht hätten. Nichts wäre ja eigentlich natürlicher, als daß eine pädagogische Tagung, die der Bedeutung der Handarbeit für die Erziehung gerecht werden will, mutig und entschlossen die Arbeit als Erziehungs- und Kulturproblem in den Mittelpunkt aller Erörterungen stellt. Arbeit, möglicherweise nicht in dem Sinne bürgerlicher Ueberlieferung, die immer eine reinliche Scheidung zwischen geistiger, d. h. nutzloser, und körperlicher, d. h. profit- und lohnarbeit, gezogen hat. Wer nicht mit verbundenen Augen durchs Leben geht, muß merken, daß die sorgsam aufgerichteten Scheidewände zwischen Schule und Leben schon längst zusammengefallen sind und der Geist des Maschinenzeitalters überall herrlich seine Rechte fordert. Am stärksten wirkt er auf Lehrgang und Methode jener Schulgestaltungen ein, die der Vorbereitung für Beruf und Lohnarbeit besonders Aufmerksamkeit widmen. In der Tat hat ja auch die Entwicklung der modernen Berufsschulen die bürgerliche Pädagogik erst auf den Gedanken gebracht, daß man mit den alten Mitteln der veränderten Situation nicht gerecht werden könne. Man konnte sich, aber Tatsache nicht verschließen, daß der Jugendliche im Beruf ein anderes Erziehungssubjekt darstellt als der Bolk- und Mittelschüler.“ (Gewerbeschulrat Döglner, München.) Kerchensteiner, der Sohn des Maschinenzeitalters, hielt der Kleinbürgerlichen Ideologie getreu das Handwerk für die Grundlage aller produktiven Arbeit und suchte das Erziehungsproblem des völlig überlebten Handwerkerturns mit einem großen Aufgebot von Materialien und Lehrkräften wieder künstlich zu beleben. Diese Versuche sind, wie man ohne Uebertreibung behaupten kann, durchaus mißlungen.

Was aber nun die Erzieher und Schulmänner? Die berufenen Verkünder der neuen Ideen und des neuen Erziehungsgeistes? Wenn man den Versicherungen eines ihrer Wortführer, des Stadtschulrates Konrad Weiß (Nürnberg), Glauben schenken darf, dann hat sich ja gerade eine Gruppe selbstbewusster Philosophen und Kulturkritiker die hohe Aufgabe gesetzt, „durch den neuen Geist in Schule und Erziehung eine neue Kultur zu schaffen.“ Und selbst der Demokrat Weiß, der vorsichtig genug ist, um nicht gleich eine neue Kultur schaffen zu wollen, wies der Arbeitsschule in seiner Eröffnungsrede noch recht respektvolle Aufgaben zu. Sie solle die Arbeit „wieder mit Geist und Freude, also mit wertvollstem Lebensinhalt erfüllen, solle Arbeitswillen mit Menschlichkeit verbinden und nicht nur eine äußerliche, sondern eine gesinnungsmäßige Volksgemeinschaft begründen.“ Von mag über die Möglichkeit, solche schönen Ziele durch eine kapitalistisch organisierte Arbeitsschule zu erreichen, denken wir man möge. Die Aufgabe lagte, und wäre

des Schweiges der Edlen wert. Aber vergeblich suchten wir vier Tage lang auf diesem Kongress nach Männern, die sich bereit erklärten, diese edlen Vorsehungen in die Tat umzusetzen. Was man hörte, waren stundenlange Besprechungen über den Wert der Handarbeit in den einzelnen Unterrichtsfächern. Man schätzte die Handarbeit in der Schule, „wenn bei ihrer Ausführung auf Sauberkeit, Ordnung, Geduld und Ausdauer gebrungen wird.“ (Bezirkschulrat Wolfinger, Nürnberg.) Ein Erziehungsziel, das auch der strammste preußische Beamte aufheben kann.

Hatten schon die Volksschullehrer und ihre Kollegen von der höheren Schule die neuen Unterrichts- und Erziehungsziele streng innerhalb der Grenzen des Erlaubten und Ueberliefernten gehalten, so konnte man es den Anhängern der bürgerlichen Berufsschule gar nicht übel nehmen, wenn auch sie den Geist des Herkommens zu wahren suchten. „Der Werkstatunterricht in der Berufsbildungsschule soll die Meisterlehre ergänzen, verbessern und vertiefen.“ (Gewerbeschulrat Döglner, München.) Die alte Formel Kerchensteiners im neuen Gewand! Kann man noch behaupten in seinen Forderungen, respektvoller in der Anerkennung des Kleinbürgerlichen Ideals sein? Und doch erklärte derselbe Redner einige Augenblicke später: „Berufserläuterung gilt der modernen Fortbildungsschule als Mittel zum Zweck der Menschenbildung.“ Es wäre vergebene Liebesmüh, den Herren beweisen zu wollen, daß sie sich in einem Lehrenthron von Trugschlüssen hoffnungslos verirrt haben. Zur Orientierung für den Beter sei festgestellt: Werkarbeit in der Form der handwerklichen Unterweisung wird niemals allgemeine Bildung vermitteln können. Allgemeine Bildung ist nicht die Folge, sondern die Voraussetzung der speziellen Handwerksausbildung.

Nach solch salbungsvoller Predigt empfand man die rückwärtslose Offenheit des Betriebsdirektors Hanner, von den München-Lugburger Maschinenfabriken, den eine erschreckende Aufrichtigkeit. Der Herr will nichts von der „Menschenbildung“ wissen. Die Industrie will in ihren Lehrwerkstätten nur tüchtige Arbeiter, vor allem hochwertige Facharbeiter heranziehen. Das bedeutet Verbilligung der Produktion und Ersparnis an Menschennaterial. „Produktion“ im kapitalistischem Sinne sind auch ihre Lehrwerkstätten organisiert. Sie dürfen keine nutzlosen Ausgaben verursachen, müssen sich selbst erhalten. Und damit ja in der industriell-technischen Ausbildung der Lehrlinge kein Fennig vergeudet werde, hat man die Eignungsprüfung eingeführt. Mit allen Mitteln einer raffinierten Psychotechnik werden die ungeeigneten, Schwachen oder unsicheren Bewerber ausgeschlossen. Und die Masse der unerfahrenten Arbeiter? Wer sorgt für ihre „Menschenbildung“? Für sie hat die Industrie kein Interesse. Sie sind auch das geheime Grauen unserer Berufsschulpädagogen, die mit ihnen nichts Rechtes anzujagen wissen.

Die Nürnberger Heerschau der deutschen Arbeitspädagogen, der von ihren Einberufern die Aufgabe gesetzt war, ein klares Bild von den Leistungen wie von den Zielen der deutschen Arbeitsschule zu geben, hat eigentlich nur die innere Zersplittertheit und Blaupfichtigkeit der ganzen Bewegung enthüllt. Sie endete — wie fast alle kulturellen Demonstrationen des modernen Deutschlands — mit einem Fiasko. Unfähig, der pädagogischen Aufgaben wie der sozialen Räte des Zeitalters Herr zu werden, begnügte man sich mit pathetischen Erklärungen und selbstgefälligen Deklamationen. In der Praxis

überläßt man die wahre Führung den mächtigen Wirtschaftsgruppen, beharrt eigensinnig in den alten Geleisen und entwickelt nur dann Energie, wenn die Industriekapitalisten mit dem guten Beispiel vorangehen. Bezeichnend ist das Beispiel der städtischen Lehrwerkstätten Nürnbergs. Sie sind, wie Stadtrat Weiß, ausdrücklich erklärte, „nach dem glänzenden Vorbild der Lehrwerkstätten der Nürnberger großen Privatfirmen“ organisiert worden, entbehren aber im übrigen jeder pädagogischen Führung. Während man demnach in den Fortbildungsschulen „Menschenbildung“ erlernt, Arbeit „mit wertvollstem Lebensinhalt“ zu erfüllen sucht, treibt man in den industriellen Lehrstätten die selbe Abrihtung und Profitwirtschaft wie die Privatindustrie. Soll das etwa die in so hochtönenden Worten geforderte „tätige Verknüpfung der Industriearbeit mit dem ganzen Menschen durch Wiederbelebung des Erzeugungsprozesses“ bedeuten? Dann sind wir um eine Enttäuschung reicher und die Vertrauensvollen warten umsonst auf den Tag der Erlösung. Die deutsche Arbeitsschule vergeblich aber nicht, was kürzlich in einem Moment der Aufrichtigkeit ein bürgerlicher Kulturpolitiker in der „Neuen Freien Presse“ schrieb: „In Amerika dient übrigens die Schule wie überall der bestehenden Ordnung. Sie ist die Propagandastätte der Macht.“

Dr. Julius Eisenstädter.

Ein „Deutscher Studententag“. Der Vorstand des Deutschen Studententages, dessen Berliner Gruppe auch die Sozialdemokratische Studentenervereinigung angehört, sendet uns folgende Erklärung:

Der Vorstand der Deutschen Studentenschaft hat zum 30. Juli eine Tagung studentischer Vertreter nach Berlin einberufen, die er zu Unrecht als „7. Deutschen Studententag“ bezeichnet. Ein großer Teil der deutschen Studenten, vor allem Deutschösterreichs und Deutschböhmens, ist von dieser Tagung ausgeschlossen. Die im „Deutschen Studententag“ zusammengeschlossenen Studentengruppen erkennen den derzeitigen Vorstand der Deutschen Studentenschaft, der sein Amt dem Rechts- und Vorbruch seiner Vorgänger verdankt, nicht an. Sie lehnen die Mitarbeit in einer Organisation, von dem Gesamtverband „Deutsche Studentenschaft“ ab, da sein Aufbau nach völkischen Prinzipien einen hohen auf jede großdeutsche und nationalpolitische Arbeit bedeutet. Daher werden die Vertreter des „Deutschen Studententages“, wie in den Vorjahren, auch diesem sogenannten Studententag grundsätzlich fernbleiben. Da der „Deutsche Studententag“ der Ansicht ist, daß die notwendige, dringliche studentische Selbstverwaltungstätigkeit trotz der unvernünftigen Haltung des „Vorstandes“ des Gesamtverbandes gemeinsam von allen Studenten durchzuführen werden muß, werden Angehörige unseres Bundes als Vertreter einzelner Studentenschaften an der Tagung teilnehmen, soweit es im Interesse der Fortführung der örtlichen, sachlichen Arbeit notwendig erscheint. Hierdurch erfährt unser Standpunkt grundsätzlicher Ablehnung des heutigen Vorstandes und der heutigen Organisationsform des Gesamtverbandes „Deutsche Studentenschaft“ keine Änderung.

Als Folge des Unvertrages ist in Amerika eine Klagenachfrage nach evolutionärer Literatur eingeleitet. Die Erfahrungen Darwins und Huxleys werden woffentlich verlangt und beginnen sojar die Detektivromane zu verdrängen.

## Der Internationale Kongress. Die Liste der Berichterstatter.

Die Geschäftskommission der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hat nunmehr im Einvernehmen mit den beteiligten Parteien die Liste der Referenten zusammengestellt, die auf dem internationalen Kongress in Marseille zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung das Wort ergreifen werden. Es sind folgende Genossen und Genossinnen:

Eröffnungssprecher: Arthur Henderson (England), Vorsitzender der Geschäftskommission der S.A.I.

1. Die internationale sozialistische Friedenspolitik:
  - A) Die Internationale und die Probleme der Sicherheit und der Abrüstung. Referent: C. R. Bugton (England).
  - B) Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kriegsgefahren. Referenten: Leon Blum (Frankreich), Rudolf Hilferding (Deutschland), Morris Hillquit (Amerika).
2. Die Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse und die Arbeitslosigkeit. Referent: Louis de Brocade (Belgien).
3. Die Konvention von Washington und der Achtstundentag. Referent: Tom Shaw (England).
4. Bericht und Antrag der Internationalen Frauentagungs-Konferenz (Referent wird von der Frauentagungs-Konferenz bestimmt).
5. Organisation und Beitragssystem. Referent: Friedrich Adler.

Die Geschäftskommission hat weiter beschlossen, daß eine der vom Kongress einzusetzenden Kommissionen sich speziell mit den Fragen des europäischen Ostens beschäftigen soll. Im Rahmen dieser Kommission für die osteuropäischen Probleme wird die Aussprache der beteiligten Parteien über die Kriegsgefahren im Osten stattfinden, und die Kommission selbst wird einen Referenten bestimmen, der darüber an den Kongress berichten wird.

Während der Tagung des Internationalen Kongresses, und zwar ab 17. August, amtiert das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Marseille. Während dieser Zeit sind alle Zuschriften an das Sekretariat an die Adresse: 42, Rue de la République, Marseille (Telegraphenadresse: Interfoca Marseille) zu richten.

## Ein Abkommen mit Oesterreich. Aufhebung des Sichtvermerks.

Im Auswärtigen Amt ist gestern das zwischen der deutschen Reichsregierung und der österreichischen Bundesregierung vereinbarte Abkommen über die Beseitigung des Sichtvermerks zwischen dem Reichsminister des Auswärtigen, Herrn Dr. Stresemann, und dem österreichischen Gesandten, Herrn Frank, unterzeichnet worden. Nach dem Inhalt des Abkommens können die Angehörigen des einen Staates das Gebiet des anderen Staates über jede amtlich zugelassene Grenzübergangsstelle jederzeit lediglich auf Grund eines gültigen Heimpasses, aus dem sich die Staatsangehörigkeit des Bahnhabers einwandfrei ergibt, ohne Sichtvermerk betreten und verlassen. Für Kinder unter 15 Jahren genügt an Stelle des Passes ein amtlicher Ausweis über Namen, Alter, Staatsangehörigkeit und Wohnort oder dauernden Aufenthalt des Kindes. Der Kinderausweis muß bei Kindern über 10 Jahren mit einem von der Ausstellungsbehörde abgenommenen Lichtbild versehen sein. Für den gemeinschaftlichen Grenzübertritt von Personengruppen, die aus deutschen Reichsangehörigen oder österreichischen Bundesangehörigen oder aus Angehörigen beider Staaten bestehen, gilt eine von der zuständigen Behörde ausgestellte Sammelkarte als Paßersatz. Das Abkommen wird am 12. August d. J. in Kraft treten.

## Der Amnestieauschuß.

Im Rechtsauschuß des Reichstags wurde gestern die erste Beratung des Gesetzentwurfs über Straffreiheit fortgesetzt.

Herr Dr. Rosenfeld (Soz.) beantragte die Einfügung eines § 5a, durch den ein Amnestieauschuß eingesetzt werden soll, der aus fünf Vertretern aller großen Parteien bestehen würde. Dieser Ausschuss soll die Fälle nachprüfen, in denen ein Amnestieantrag abgelehnt worden ist, oder in denen es sich um Straftaten handelt, die nach dem Gesetz von der Amnestie ausgeschlossen sind. Der Ausschuss soll vom Reichsjustizminister einberufen werden. Er soll auch nicht endgültig über die Amnestiefälle entscheiden, sondern über seine Vorschläge soll dem Justizminister die letzte Entscheidung zustehen. Herr Dr. Rosenfeld sieht den größten Vorzug eines solchen Ausschusses darin, daß er das Vertrauen der Bevölkerung zur Handhabung der Amnestie stärkt und dem Minister einen Teil der Verantwortung abnimmt. (Minister Franken: Die Frage ist nicht allein.)

Herr Dr. Stöcker (Komm.) stimmt dem sozialdemokratischen Antrag zu, beantragt aber, einen Schritt weiter zu gehen und dem Amnestieauschuß auch das Recht zu geben, unter gewissen Umständen auch Zuchthausurteile nachzuprüfen.

Herr Dr. Barth (Dnat.) und Hampe (W. Bg.) lehnen für ihre Parteien den Ausschuss ab.

Herr Dr. Pflieger (Bayer. Sp.) äußert Bedenken gegen die Formulierung des Antrags. Auch die dem Ausschuss in dem Antrag eingeräumten Befugnisse seien unvereinbar mit einer geordneten Gerichtsbarkeit.

Herr Dr. Brodow (Dem.) stellt sich dem Antrag freundlich gegenüber, wünscht aber eine präzisere Fassung. Er würde lieber die Einsetzung eines wirklichen parlamentarischen Ausschusses sehen, der vom Rechtsauschuß berufen wird. Dem kommunistischen Ergänzungsantrag stimmt der Redner gleichfalls zu.

Reichsjustizminister Franken: Ich muß dringend bitten, diesen Antrag abzulehnen. Das Begnadigungsrecht ist ein jus eminens (Grundrecht) des Staatsoberhauptes. Aus diesem Recht heraus stehen die einzelnen Verwaltungsakte. Für diese übernimmt der Minister durch seine Gegenzeichnung die Verantwortung. Ich verabscheue jeden Eingriff der Politik in die Rechtspflege. Die Rechtspflege hat mit Politik nichts zu tun. (Beifall.)

Herr Dr. Rosenfeld (Soz.) behält sich vor, den Ausführungen des Ministers bei der Beratung des Justizgesetzes entgegenzutreten. In der heutigen Zeit, wo jeder Tag neue Beweise dafür liefert, wie politisch unsere Justiz ist, seien diese Ausführungen ganz unverständlich. Den formalen Bedenken der Redner könne man in der zweiten Lesung Rechnung tragen.

Die Weiterberatung wird auf Sonnabend vormittag vertagt.

## Deutsche Heldenverehrung.

### Ein klassisches Urteil gegen einen Kriegsblassen.

Der 5. Senat des Reichsverwaltungsgerichts unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Dr. Arends hat es fertig gebracht, einem Kriegsblassen (Gatte und Vater von vier minderjährigen Kindern), der im November 1915, wenige Tage nach seiner Einziehung, in Rußland erblindete, die Versorgung zu verweigern mit der geradezu klassischen Begründung, er wäre auch so blind geworden! Das ist der Dank des Vaterlandes an seine Verteidiger! Millionen dankende für die Ruhrindustriellen, Braunkohlewärter, die Agrarier und ein Fuhrmann für die Kriegsschiffe! Dafür ist aber auch Hindenburg, der „Retter“, Reichspräsident.

# Herr Kufmann „berichtigt“.

## Der kleine Napoleon.

Herr Dr. Kufmann sendet uns unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes eine Berichtigung, die der Herr trotz seiner juristischen Bildung nicht einmal den gesetzlichen Formvorschriften entsprechend hat zuwege bringen können, die wir aber gleichwohl unseren Lesern nicht vorenthalten wollen, weil diese Unkorrektheit begreiflicher Aufregung entspringt, die auch in Stil und Schrift der Erklärung deutlich zutage tritt. Die Berichtigung lautet:

1. Ich habe niemals in Führung mit Stellen der Deutschen Nationalen Volkspartei gearbeitet. Das „Bureau in der Lühowstraße“ hat niemals von der Staatsanwaltschaft Akteneinsicht oder irgendwelche Abschriften erhalten.

2. Herr Knoll hat mich einmal im Zimmer 671 des neuen Kriminalgerichts in einer Privatangelegenheit aufgesucht und nicht öfter.

3. Herr Knoll hat niemals für mich einen Pfennig bezahlt.

4. Die „Schwalbe“ — einen alten Achsegeleisenkreuzer — besitze ich seit 1923, wie man aus der Beschreibung meiner Seereise 1924 in der „Dacht“, Jahrgang 22, Nr. 1245 nachlesen kann.

5. Mir ist weder in Kolberg noch in Danzig das Geld ausgegangen.

6. An mich ist weder nach Danzig noch nach Kolberg auch nur ein Pfennig Geld geschickt worden. Ich habe von Herrn Knoll weder früher noch überhaupt bis heute weder mittelbar noch unmittelbar jemals einen Pfennig Geld erhalten.

7. Ich habe niemals eine Abschrift des erwähnten Kammergerichtsbeschlusses herstellen lassen.

8. Mir ist niemals vom Mitteldeutschen Braunkohlenyndikat irgendeine Stellung versprochen worden.

9. Ich habe überhaupt keinerlei Beziehungen zu irgendeiner Presse.

10. Ich habe weder der Deutschen Nationalen Volkspartei jemals weder mir amtlich bekannt gewordenes noch anderes Material zugebracht, noch jemals von ihr irgendeine Gefälligkeit noch irgendeine Verprechung erhalten.

11. Weitere Berichtigungen behalte ich mir bis zu einer Rücksprache mit meinem Vorgesetzten vor.

Dr. Erich Kufmann.

Herr Kufmann führte im Bureau des Herrn Knoll den Spitznamen: „Der kleine Napoleon.“ Sein Dementi atmet in der Tat die Kühnheit napoleonischer Bulletins und Moniteurartikel, was die Verschleierung der Wahrheit anbelangt. Nach dem, was heute positiv feststeht, läßt sich die Erklärung des Herrn Kufmann nur als ein dreifacher Bluff

bezeichnen, mit dem er aber höchstens Deuten imponieren kann, die weniger genau über seine Persönlichkeit orientiert sind als wir. Die Dreifaltigkeit ist umso größer, als nach einer Mitteilung des „Amlichen Preussischen Pressedienstes“ die in der gestrigen Morgenausgabe des „Vorwärts“ wiedergegebene Meldung der B.S.-Korrespondenz über die Vernehmungen bei der Kriminalpolizei auf die Person genommen selber zurückgeht. In dieser — also von Herrn Kufmann oder einer ihm ganz nahe stehenden Seite — inspirierten Notiz wird ausdrücklich auf das enge Freundschaftsverhältnis zwischen Kufmann einerseits, Kluge-Knoll und Beaulieu andererseits hingewiesen, auch zugestanden, daß Herr Beaulieu, der Mitarbeiter des Bureaus in der Lühowstraße, Herrn Kufmann auf einer fünfwöchigen Segeltour begleitet hat.

Im übrigen wollen wir Herrn Kufmann folgendes sagen: Unsere Angaben beruhen entweder auf

### unwissenschaftlichen Akten und Dokumenten

oder auf eidesstattlichen Versicherungen, die von ihren Urhebern zwecks Einreichung bei den Behörden — also unter voller strafrechtlicher Verantwortung — gegeben worden sind. Mit bloßen Dementis wird Herr Kufmann diese Dinge nicht aus der Welt schaffen.

Wir wollen gleichwohl zu den einzelnen Punkten der Berichtigung noch besonders Stellung nehmen:

1. Hier sucht Herr Kufmann im ersten Satz die Öffentlichkeit durch eine geschickte Formulierung irre zu führen. Herr Kufmann hat — und das leugnet er selbst nicht — zu dem Bureau in der Lühowstraße in engster Führung gestanden, und dies Bureau war eine Stelle der Deutschen Nationalen Volkspartei, wie wir durch eine Fülle von Details nachgewiesen haben und was auch die Presse der Deutschen Nationalen Volkspartei selbst bis heute nicht abgestritten hat.

Zu Satz 2 siehe unter 7.

2. Ob Herr Knoll nur einmal im Zimmer 671 war, spielt gar keine Rolle. Andere Angestellte des Bureaus in der Lühowstraße, wie Kranz, Breithaupt usw., sind zweifellos öfter dagewesen. Warum aber schreibt Herr Kufmann nichts davon, wie oft er selber in dem Bureau der Lühowstraße gewesen ist, warum nichts darüber, wie oft er sich an dritten Orten (in Lokalen der Lühowstraße, am Südwesttor usw.) mit Herren des Bureaus und namentlich Knoll getroffen hat?

3. Dafür, daß Knoll für Kufmann die Sache bezahlt hat, wenn sie sich in Lokalen trafen, existieren Zeugnisse dritter Personen, die dabei gewesen sind.

Zu 4 bis 6. Ueber die zwei Geldsendungen, die durch das Bureau in der Lühowstraße „an Kufmann, Vord der Schwalbe“, aus Mitteln, die von Herrn Leopold stammen, gegangen sind, haben wir detaillierte Angaben gemacht. Wir können Herrn Kufmann sogar die Stunde der Ausgabe, wie die Namen der Personen nennen, die jeweils das Geld aufgegeben haben, wollen dies jedoch einstweilen aus Rücksicht auf die kriminalistische Untersuchung nicht tun. Den Behörden sind diese Dinge bekannt, und es bedarf nur einer Rücksprache bei den betreffenden Postämtern.

Im übrigen ist der flotte Lebenswandel, den Herr Kufmann in letzter Zeit führte, einer ganzen Reihe von Personen,

auch seinen engeren Kollegen, aufgefallen. Vielleicht gibt Herr Kufmann einmal positiv an, woher er die Mittel gehabt hat.

Wir wollen hier auch an die Zivilklage erinnern, die der Herr Kufmann unterstellte Referendär gegen seinen damaligen Chef auf Rückzahlung von 2000 M. angestrengt hat. Nach Herrn Kufmanns eigener Prozeßbehauptung — er bestreitet seine Rückzahlungsspflicht — soll dies der Anteil des Referendars für die gemeinsamen Kosten einer Segepartie nach Hamburg gewesen sein. Auf Herrn Kufmann selber müßte demnach der gleiche, oder vielmehr — da Kufmann noch in Begleitung einer dritten Person war, die zu ihm gehörte — sogar der doppelte Betrag entfallen, d. h. 2000 bzw. 4000 M. Woher hat Herr Kufmann die Mittel zur Bestreitung derart luxuriöser Reisen? Hat sein Kommissorium sozial eingetragen?

7. Wir haben auch die Abschrift des Kammergerichtsbeschlusses zu Gesicht bekommen, die Grundlage der Veröffentlichung gewesen ist. Von dieser Abschrift läßt sich aus bestimmten Momenten, die wir im Interesse der Untersuchung noch geheim halten müssen, der Nachweis erbringen, daß sie nur von der Staatsanwaltschaft herrühren kann.

8. Hierüber existieren eidesstattliche Versicherungen.

9. Diese Behauptung des Herrn Kufmann ist der Höhepunkt. Herr Kufmann bestreitet nicht seine engen Beziehungen zu Knoll und Beaulieu. Die beiden dirigieren, wie ein umfangreicher Briefwechsel beweist, die deutschsprachige Presse. Trotzdem will Herr Kufmann keinerlei Beziehungen zur Presse haben!

10. Als Herr Kufmann dieses schrieb, wußte er zu seinem Bedauern nicht, daß wir Kenntnis von dem in der gestrigen Abendausgabe veröffentlichten Rowolski-Briefes hatten, durch den Kufmann an Kluge-Knoll Mitteilungen über angebliche Torpedobootkäufe von Klarz in Wien gelangen läßt.

Damit erschöpft sich aber der Nachweis seiner Beziehungen zu dem Bureau keineswegs. Wir wollen für heute z. B. weiter bekanntgeben, daß uns auch Postbelege über telephonisch-telegraphische Anrufe des Bureaus in der Lühowstraße an Kufmann vorliegen haben. Diese Anrufe erfolgten, wenn Herr Kufmann sich auf Reisen befand.

11. Wir sind gespannt, was die „Aussprache mit Vorgesetzten“ auf Kufmann für Wirkung ausüben wird. Hoffentlich die, daß er sich auch einmal über Punkte äußert, über die er jetzt geflissentlich schweigt, z. B. darüber, wie er dazu gekommen ist, durch formelle Beschlagnahmeverfügungen dem Bureau in der Lühowstraße den Besitz geheimer Aktenmaterials aus den Deutschen Werken zwecks weiterer ungelöbter Bearbeitung zu sichern. Vielleicht spricht er dann auch einmal darüber, wer seine Autoreisen im Ausland bezahlt hat, und ob es richtig ist, daß er auf ausländischem Boden Zeugenvernehmungen vorgenommen hat.

Schließlich können wir Herrn Kufmann nur erklären, daß wir ihm zu seinem — hoffentlich bald stattfindenden Disziplinarverfahren besonderes Glück wünschen, falls er sich in diesem auf den Boden seiner Berichtigung stellt. Er wird sicherlich verstehen, was wir meinen!

## Ein geisteskranker Verbrecher als Retter!

Die „Deutsche Zeitung“ bemüht sich krampfhaft um eine Entlastungsversuche für die Staatsanwälte Caspary und Kufmann. Kein Wunder, da sie ja durch ihre Redakteure bzw. Mitarbeiter v. Sodenstern, Bang usw. dem Bureau in der Lühowstraße ganz besonders nahestand und in erster Linie ihre Mitteilungen von Kluge-Knoll bezog. Durch ein bloßes Geschimpfe und Geseife sucht das edle Blatt von der Sache abzulenken. Zu welchen Mitteln es dabei greift, dafür nur ein Beispiel. Ueber den Tod Höfles wird der „Deutschen Zeitung“ von einer „besonderen Seite“ (!) geschrieben:

„Der Weg zur Klärung dieser Frage ging über die Aussage des Zeugen Meyer. Diese läßt bei Höfle den Willen zu abschließlicher Haftunfähigkeit durch Gisttabletten annehmen und läßt dabei offen, in welcher Absicht Höfle die Tabletten zur Verfügung gestellt sein könnten. In der Vintspresse wird den Vintswählern diese Aussage vorenthalten. Der Zeuge, Techniker Meyer, hat dem Höfle-Ausschuß erklärt, daß er einen Brief Höfles an einen Freund aus dem Gefängnis geschickt habe, in dem Höfle um Mitteilung bat, wieviel von den ausgefertigten Tabletten er nehmen müsse, um haftunfähig zu werden.“ (Dieser Satz ist in der „D. Z.“ fettgedruckt. Red. d. „D.“)

Wer ist dieser hochwichtige Zeuge Meyer? Ein gewerbmäßiger Hotel- und D.-Zugs-Dieb, der von einwandfreien Zeugen als pathologischer Lügner, nahe an den § 51 heranreichend bezichtigt wurde. Seine Aussagen, die an Märchen von „Tausend und eine Nacht“ erinnerten, erregten im Höfle-Ausschuß ungemischte Heiterkeit. Auf Vorschlag des deutschen nationalen Vorsitzenden, des Abg. Seemann-Eggebert, beschloß der Ausschuss einstimmig, wegen offenkundiger Un glaubwürdigkeit diesen Zeugen nicht zu vernehmen. Jetzt aber ist der geisteschwache pathologische Berufverbrecher zum Kronzeugen der „Deutschen Zeitung“ avanciert.

Wahrlich, es muß herrlich um eine Sache bestellt sein, die solche Zeugen nötig hat!

Der „Presse-Verlag Dr. Rudolf Dammert“, unter Leitung des Herrn Dr. R. Dammert, legt Wert auf die Feststellung, daß er mit der „Dammert-Verlag G. m. b. H.“, die zum Konzern der Telegraphen-Union gehört, nichts zu tun hat und sich daher auch nicht für Veröffentlichungen in der Darmstadt-Affäre hat benutzen lassen.

## Sozialistische Friedensaktion.

### Internationale Aufforderung zum Frieden mit Marokko.

Paris, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Eine Kommission von Vertretern der sozialistischen Parteien Englands, Frankreichs und Spaniens ist am Dienstag in Paris zusammengetreten, um die durch die Marokko-Ereignisse geschaffene Lage zu prüfen. England war vertreten durch den Obersten Wegwood, Frankreich durch Leon Blum, Paul Faure, Renaudel u. a. Es wurde eine Entschlieung angenommen, in der die interessierten Länder aufgefordert werden, sofort eine entschiedene Aktion zur Wiederherstellung des Friedens einzuleiten. Vor allem sollen die von Frankreich und Spanien gemeinsam vorgeschlagenen Friedensbedingungen auf direktem Wege an Abd el Krim übermittelt werden. Als das beste Mittel zur Erlangung eines für alle Teile billigen Friedens wird die Öffentlichkeit eventueller Verhandlungen bezeichnet. Ueber die Abd el Krim vorzuschlagenden Bedingungen stellt die Entschlieung folgende Hauptrichtlinien auf:

1. Anerkennung der Unabhängigkeit des Rif.
2. eine von Frankreich und Spanien vorzunehmende Grenzregulierung des Rif, um dessen wirtschaftliche Lebensbedingungen sicherzustellen.

Die sozialistischen Vertreter fordern weiter, daß sofort bei Beginn der Unterhandlungen die militärischen Operationen eingestellt werden und, falls sich bei den Friedensverhandlungen Meinungsverschiedenheiten ergeben sollten, der Konflikt dem Völkerbund unterbreitet wird, dem der Rifstaat nach Unterzeichnung des Friedens beitreten könne.

## Jakob Reumann gestorben.

Wien, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch ist im D.-Zug zwischen Klagenfurt und Villach der frühere sozialdemokratische erste Bürgermeister Wiens, Genosse Jakob Reumann, gestorben. Reumann gehörte seit 1898 dem Wiener Gemeinderat an, war jahrelang Sekretär der österreichischen sozialdemokratischen Partei und von 1919 an Bürgermeister von Wien. Nach seinem Rücktritt von diesem Posten war der Bechtler, der im 72. Lebensjahre stand, österreichischer Bundesrat. Mit ihm verlor die österreichische Partei einen ihrer wackersten Führer.

Auch die reichsdeutsche Sozialdemokratie verlor in dem verstorbenen Genossen einen treuen Freund und Kämpfer, der jahrzehntelang an der Arbeit der Partei regen Anteil nahm und auf zahlreichen Parteitagungen amtsprechend war. Gemeinsam mit der österreichischen Bruderpartei trauert die deutsche Sozialdemokratie an der Bahre des Verstorbenen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Der Kampf im Saargebiet.

Die Bevölkerung des Saargebiets zerfällt in der Hauptsache in zwei Gruppen. Die eine Hälfte der Bevölkerung ist direkt vom Kohlenbau abhängig, ein großer Teil der übrigen Hälfte aber indirekt. Die 74 000 Bergarbeiter mußten erst vor zwei Jahren 100 Tage lang streiken, um sich durch schweren Kampf die notwendige Erhöhung ihrer Existenz zu sichern. Die Tatsache, daß die gegenwärtigen Bergarbeiterlöhne absolut unzureichend sind, kann weder von der französischen Bergwerksdirektion, noch von der Regierungskommission bestritten werden. Dennoch verweigert die Bergwerksdirektion die zu einer erträglichen Gestaltung der Lebenslage der Bergarbeiter notwendigen Lohnzulagen. Deshalb der Kampf. Dieser Kampf wird so wenig um seiner selbst willen geführt oder etwa gar zu irgendwelchen anderen Zwecken, daß die Organisationsleitungen alles versucht haben, um zu einer friedlichen Regelung zu kommen und sich schließlich an die Regierung Frankreichs gewandt haben, der die Saargebiete — samt den bayerischen Gruben — durch den Versailles Vertrag als Eigentum überantwortet wurden. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat den Bergarbeitern eine Lohnerhöhung von 5 Proz. an. Das bedeutet eine durchschnittliche Erhöhung von 120 Frank pro Schicht für den Vollarbeiter über 22 Jahre, für die Schlepper und Behrhauser aber nur den zehnten Teil.

Im 1. Quartal 1925 betrug der Lohn einschließlich Zulagen für alle Arbeiter pro Schicht 26,24 Frank bei einer Leistung von 700 Kilogramm. Der gegenwärtige Lohnanteil an den Belegschaften einer Tonne Kohlen, deren Verkaufspreis 84 Frank beträgt, macht 57,55 Frank aus, die sozialen Lasten 2,43 Frank, die Deputatskosten 1,54 Frank, Verkauf 0,60 Frank, Materialkosten 18,25 Frank und Generalkosten 8,40 Frank. Der Selbstkostenpreis beträgt mithin 68,77 Frank, der Bruttogewinn pro Tonne 15,23 Frank. Die Bergverwaltung erzielt einen täglichen Bruttogewinn von 723 359 Frank, bei gleicher Förderung wie 1924 einen Ueberschuß von 207 Millionen Frank. Der Nettogewinn betrug nach Angaben in der französischen Kammer in dreieinhalb Jahren 329,6 Millionen Frank. Es können also sehr wohl mehr als 5 Proz. Lohnzulage gezahlt werden.

Chefingenieure haben einen Lohn von 2800—3400 Frank, dazu 25—30 Proz. ihres Gehalts als Prämie, ist 4500 Frank. Der Kumpel hat 4400 Frank monatlich weniger. Sogar französische Geistliche erhalten zu ihrem Jahresgehalt von 30 000 Frank noch Förderprämie. Im ersten halben Jahre 1924 wurden 1,1 Million für Autoaufwendungen ausgegeben. Nur für den Bergmann ist ein Lohn von monatlich 500 bis 600 Frank der Verwaltung schon zu hoch. Sein Lohn hat nach der Bergverwaltung den Friedenslohn erreicht, welcher aber schon im Frieden um 14 Proz. geringer als die Teuerung war.

Es ist die Profitgier der französischen Bergverwaltung, was diesen neuen Streik im Saargebiet heraufbeschworen hat. Dabei arbeitet diese Verwaltung geradezu verschwenderisch. Die Jahresgehälter der drei Direktoren betragen je 62 803,53 Frank, die der 161 französischen Ingenieure je 25 002,50 Frank, wozu in allen Fällen noch Prämien, Gratifikationen, freie Wohnung mit Heizung und Beleuchtung kommen. Diesen Einkommen stehen Löhne verheirateter Bergarbeiter, die vor Stroh im Bedingte arbeiten, gegenüber von 487,50 Frank, 493,85 Frank und 507,35 Frank einschließlich der Sozialzulagen für die Frau und zwei Kinder. Diese Löhne stellen den Durchschnittslohn in den letzten Monaten vor. Teilen wir diese Lohnsätze durch fünf, dann haben wir ihren Wert in Markt.

Dabei wird auch über eine menschenwürdige Behandlung der Bergarbeiter durch die Beamten geklagt. Den Arbeitern wurden Schläge angeboten und willkürliche Maßregelungen vorgenommen. Dabei blüht bei der Verwaltung ein großes Denunzianten- und Spitzelwesen.

Nach einer Darstellung, die unserem Saarbrücker Parteiblatt, der „Volkstimme“, gegeben wurde, haben die Bergwerkverwaltung und ihr Stiefbruder, die Regierungskommission, den Augenblick für günstig gehalten, um zum vernichtenden Stoße gegen die Zentralgewerkschaften der Bergarbeiter von der Saar auszuholen. An der Einmütigkeit der Saarbergarbeiter, ihrer kampferprobten Organisationsstreue, müssen alle niedrigen Pläne scheitern.

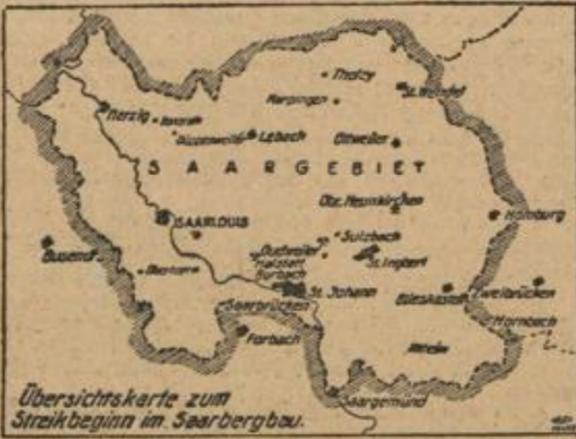
Wie zum Hohn hat die Bergverwaltung ihr Angebot einer fünfprozentigen Lohnerhöhung zurückgezogen.

Die Bergarbeitervertreter beim französischen Arbeitsminister.

Paris, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die in den Streik getretenen Bergarbeiter des Saargebiets haben eine Abordnung nach Paris entsandt, um ihre Forderungen dem Minister für öffentliche Arbeiten zu unterbreiten. Dieser hat der Delegation gegenüber betont, daß die Bergleute des Saargebiets bereits einen Vorrang hätten gegenüber den französischen Bergarbeitern. Am Dienstag nachmittag fand eine weitere Unterredung zwischen dem französischen Arbeitsminister und dem ebenfalls nach Paris ge-

kommenen Direktor der französischen Staatsgruben des Saargebiets statt. Nach einer Meinung aus Saarbrücken droht der Streik auf die Metallindustrie und andere Industrien des Saargebiets überzugreifen.

Paris, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Delegation der saarländischen Kohlenbergarbeiter hat Paris verlassen. Die Arbeiter, die hier bei den zuständigen Behörden mit Hinblick auf die hohen Lebenskosten im Saargebiet eine Erhöhung der Löhne gefordert



haben, konnten von dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten gewisse Zugeständnisse erhalten. Es wurde ihnen ein fünfprozentiger Zuschlag zu den existierenden Löhnen in Aussicht gestellt. Die Delegation ist daraufhin nach Saarbrücken abgereist, um dort Fühlung mit den Gewerkschaften zu nehmen.

## Vom Kampf im Baugewerbe. Die Breche erweitert sich.

Wie wir mitteilen in der Lage sind, haben bis gestern nachmittag insgesamt 128 Baufirmen die Forderungen der Bauarbeiterorganisationen durch Unterschrift anerkannt. Es sind dementsprechend mit ihnen Verträge abgeschlossen worden. Unter diesen 128 Baufirmen befinden sich auch eine gewisse Anzahl von Mitgliedsfirmen des Verbandes der Baugeschäfte, d. h. der Unternehmerorganisation, die es auf eine Machtprobe bis zum äußersten ankommen lassen will. Wir werden ja bald sehen, wie lange die Feuer und Mielenz angesichts dieser Tatsache die Machtprobe noch durchhalten werden können. Die Bauarbeiter Bestens, gestärkt durch die Beschlüsse des Verbandesrates, werden die Machtprobe aushalten.

Die „Rote Fahne“ hält es für angebracht, während des Bauarbeiterstreiks gewissenhaft eine Diskussion über die Taktik der Bauarbeiterorganisationen heraufzubeschwören. Sie geht sogar noch einen Schritt weiter, indem sie in einer unerhörten Art und Weise Dinge bespricht, die nur den Unternehmern von Nutzen sein kann. Wir werden mit dem Volkswirtschaftsblatt darüber zur gelegenen Zeit, d. h. nach dem Bauarbeiterstreik, ein Wortchen reden. Da das Blatt jedoch immer wieder mit dem „Einigungswillen der ausgeschlossenen Bauarbeiter“ hauseren geht, halten wir es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß der Vorsitzende der Ausschlossenen, der bekannte Kaiser, der in einer Versammlung am Dienstag in Lichtenberg unter ungeheiltem Beifall erklärte, daß sie nicht daran dächten, einem etwaigen Vereinigungsbeschlusse nachzukommen. Im übrigen wollen wir für heute auf den groben Unsinns nicht weiter eingehen, den gewisse Ueberrevolutionäre dadurch verüben, daß sie zum Regierat laufen, nach allen Seiten um Hilfe rufen, so daß jeder Uneingeweihte den Eindruck haben muß, die Streiklage wäre für die Bauarbeiter sehr ungünstig. Tatsächlich ist das Gegenteil richtig. Diese in vieler Beziehung beschämenden Dinge werden ihre aufklärende Wirkung auf die Bauarbeiter nicht verfehlen.

## Der Schiedspruch für die Metalltransportarbeiter

Wie uns vom Deutschen Verkehrsbund mitgeteilt wird, ist der Schiedspruch für die Transportarbeiter der Berliner Metallindustrie nunmehr auch vom D.V.V. angenommen. Der Schiedspruch ist somit rechtskräftig geworden.

## 11 000 Metallarbeiter in Brandenburg a. d. S. ausgesperrt

Brandenburg a. d. S., 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Lohnstarif für die Metallindustrie in Brandenburg a. d. S. wurde bei seinem Ablauf zum 1. Juli vom Deutschen Metallarbeiterverband gekündigt. Gleichzeitig wurde eine Erhöhung der Löhne der Arbeiter um 11, der Frauen um 6 Pfennig gefordert. Diese Forder-

ung ist an sich sehr bescheiden, da bisher der Mindestlohn der Facharbeiter 54 Pfennig, der der Angelernten 49, der Angelernten 43 und der Arbeiterinnen 27 Pfennig betrug. Ein von dem Schlichter für Brandenburg gefällter Schiedspruch gestand eine Lohnerhöhung von 6 Pfennig für die Arbeiter und 3 Pfennig für die Arbeiterinnen zu. Dieser Schiedspruch wurde abgelehnt und am 30. Juni der Streik beschlossen.

Nachdem ein neuer Vermittlungsversuch gescheitert war — die Unternehmer boten Löhne an, die sich noch unter dem Schiedspruch bewegten — traten am 13. Juli zunächst 700 Arbeiter in den Streik, denen in den folgenden Tagen noch eine größere Anzahl folgte. Daraufhin sperrten die Unternehmer die gesamte Arbeiterschaft zum 20. Juli aus. Insgesamt sind 11 000 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgeperrt. Die Bemühungen der Unternehmer, Streikbrecher zu finden, waren bisher vergeblich. Nur 75 Mitglieder des Stahlhelms haben sich dazu bereitgefunden. Daß Stahlhelms sich zum Streikbruch und zur Lohnrückerei ergeben, ist kein Ausnahmefall mehr. Diese angeblich überparteiliche Organisation ist in Wirklichkeit eine Unternehmerrückerei. Die Unternehmer lassen hören, daß sie mit einer achtwöchentlichen Ausperrung rechnen. Für die Stadt Brandenburg bedeutet der Kampf eine schwere wirtschaftliche Schädigung.

## Die Scharfmacher im Baugewerbe.

Hannover, 29. Juli. (Zl.) Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe nahm in seiner heutigen Hauptversammlung zu der durch die Streiks und Aussperrung geschaffenen Lage Stellung. Es wurde eine Entschlieung gefaßt, in der angesichts der bereits im Baugewerbe bestehenden Löhne sowie angesichts der gesamten Wirtschaftslage erklärt wird, daß die erhöhten Lohnforderungen der Gewerkschaften jeder Berechtigung entbehren. Die Hauptversammlung machte es den Bezirken zur Pflicht, nur gemeinsam unter Führung des Bundes irgendwelche Verhandlungen zu führen. Die Hauptversammlung bevollmächtigte den Bundesvorstand, nach Ablauf von zwei Wochen und nach Rücksprache der dann gegebenen Lage die Aussperrung der baugewerblichen Arbeiter in weiteren Bezirken auszusprechen und gegebenenfalls auch die Gesamtausperrung über ganz Deutschland zu verfügen.

Die Erklärung der Herren über die Bauarbeiterlöhne verliert durch ihre Einseitigkeit von vornherein das Moment einer tatsächlichen Feststellung. Schließlich müßten die Unternehmer die Bauarbeiter aus allen bisherigen Kämpfen so gut kennen, um sich zu sagen, daß die Drohung mit einer Gesamtausperrung zwecklos ist. Wenn die Herrschaften in ihrer Ratlosigkeit weiter nichts zu beschließen müßten, dann könnten sie zu Hause bleiben.

## Lohnkämpfe in der Zentralheizungsindustrie.

Essen, 29. Juli. (Zl.) Die Arbeiter der Zentralheizungsindustrie haben an einigen Orten (Essen, Bochum, Dortmund und Gagen) die Arbeit niedergelegt, weil ihnen die geforderten Löhne nicht bewilligt wurden. Der Verband der Zentralheizungsindustrie hat die Forderung abgelehnt und mit einer Ende Juli beginnenden Aussperrung der gesamten Arbeiterschaft des tariflichen Gebietes geantwortet.

## Die Bergarbeiter-Internationale.

Paris, 29. Juli. (Zl.) In seinem Bericht über die Sitzung des Exekutivkomitees des Internationalen Bergarbeiterverbandes führt der „Pain“ aus, daß der Vorschlag der englischen Delegation, wegen eines Konfliktes in verschiedenen Ländern einen allgemeinen Streik zu beginnen, von der deutschen Delegation lebhaft bekämpft wurde und eine erregte Diskussion auslöste. Die angenommene Resolution befiehlt die Verpflückung zu einem allgemeinen internationalen solidarischen Generalstreik. Vor der Abreise nach England habe der englische Vertreter Coal erklärt, daß der Bergarbeiterstreik ihm unvermeidlich erscheine und daß, wenn er nicht bereits am kommenden Montag einsetze, der Streik acht oder vierzehn Tage später ausbrechen dürfte.

„Petit Journal“ hebt ebenfalls hervor, daß, während die Delegierten fast sämtlicher Länder bereit gewesen seien, den Engländern ihre vollkommene Hilfe zu gewähren, die deutschen Vertreter nicht verheimlicht hätten, daß sie an einer internationalen Streikbewegung nicht teilnehmen würden.

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Berlin, Morgen, Freitag, Samstag 19 Uhr, Versammlung aller Bauergewerkschaften im Gewerkschaftshaus, Sozial 5. Mittelstraße 10, Berlin.

Deutscher Holzarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin, Morgen, Freitag, Samstag 7 Uhr, Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung.

# Preiswerte Damen-Bekleidung

**Strümpfe**

Damen-Strümpfe m. Doppelschleif. Hochferse, schwarz u. farbig mit Doppeln. Hochferse und Naht, gute Qualität 75 Pz

Damen-Strümpfe Pa. Socken, feine, dicke u. starke Qual. 1 95 1 75

**Pa. Mako** feinsidig, elegant im Aussehen, schwarz und in schönen Streifenfarben 1 75

**Zeitotagen**

Hemdchen geblickt, fein gewirkt, m. breiter Kragen, 100 cm lang. 95 Pz

Schlüpfer feine Baumwolle, gewebt, weiss und farbig 1 45

Schlüpfer Kasoide, in vielen schönen Farben 2 95

**Schuhwaren**

Damen-Schnürschuhe breite, bequ. Form, fl. Abs. 11 90

Damen-Haferische gute Verarbeitung 14 50

Damen-Dirndlschuhe mit Kordele, verschiedene Farben 1 35

Damen-Spangenschuhe mit „Abacia“ gute Passform 14 50

**Damen-Taschen**

aus echtem Vellier, mit Krokodilprägung, Lederbezogen, verschließbarem Bügel und gutem Stoff gefüttert

24 cm 4 90 28 cm 5 50 32 cm 5 90

Mengenabgabe vorbehalten

**Waschkleider** 5 90 8 75

**Waschseidenkleider** (Kunstseid.) 18 75 28 50

**Mäntel Mohair-Alpaka, schwarz, marine, in allen Größen** 15 75 19 75

**Reisemäntel** imprägniert 19 75 29 50

**Kleiderröcke** hell und dunkel... 2 50 4 75

**Damen-Blusen**

**Kasak** Konfektmacher, m. Sammetband und Knöpfen reich garniert, in vielen Farben 3 90

**Kasak** aus kunstseidenem Trikol, in vielen Farben 4 75

**Kasak** aus gutem Satin, in schönen bunten Dessins 4 90

**Kasak** aus gemustertem Batist, mit Bahkragen und Jabot 5 90

**Kasak** aus gutem Vellier, mit Bspand reich garniert, in schöner bunter Ahmestierung 6 75

**Kasak** aus gutem Wollwuschel, in schönen bunten Dessins 9 75

**Kasak** aus gutem Kunstseid, Größe mit bunter Weste, sehr schön verarbeitet 11 75

**Kasak** aus gutem Trikol, mit langen Ärmeln, in schönen bunten Streifen, sehr gut angeführt 14 50

**Wäsche Kinder-Bekleidung**

Burschen-Anzüge für ca. 9-14 Jahre 5 25

weitere Größen 25 Pf. mehr

Kinder-Kleider ca. 45-70 cm lang 2 25

weitere Größen 25 Pf. mehr

Mädch.-Kleider ca. 75-100 cm lang, aus Kordel, Zepher, ca. 70 cm lg. 6 25

weitere Größen 50 Pf. mehr

**Knaben-Anzüge** 2 75

für 3-5 Jahre... für ca. 5 Jahre

weitere Größen 25 Pf. mehr

**Weißwaren**

Runder Kragen in verschiedenen Ausführungen 95 Pz

Bindekragen a. Opal m. Valenciennes-Spitze 1 35

Moderne Weste a. Valenciennes-Spitze, mit Opalring, 1. und 2. Ausschnitt 1 45

**Zwischenstücke**

Damen-Tücher weiss Batist, mit Hobli und gestickter Kante, 81 Stück 15 Pz

Damen-Tücher weiss, mit farbig. Kante, 81 Stück 25 Pz

Damen-Tücher weiss Batist, mit farbig. Hobli, 81 Stück 30 Pz



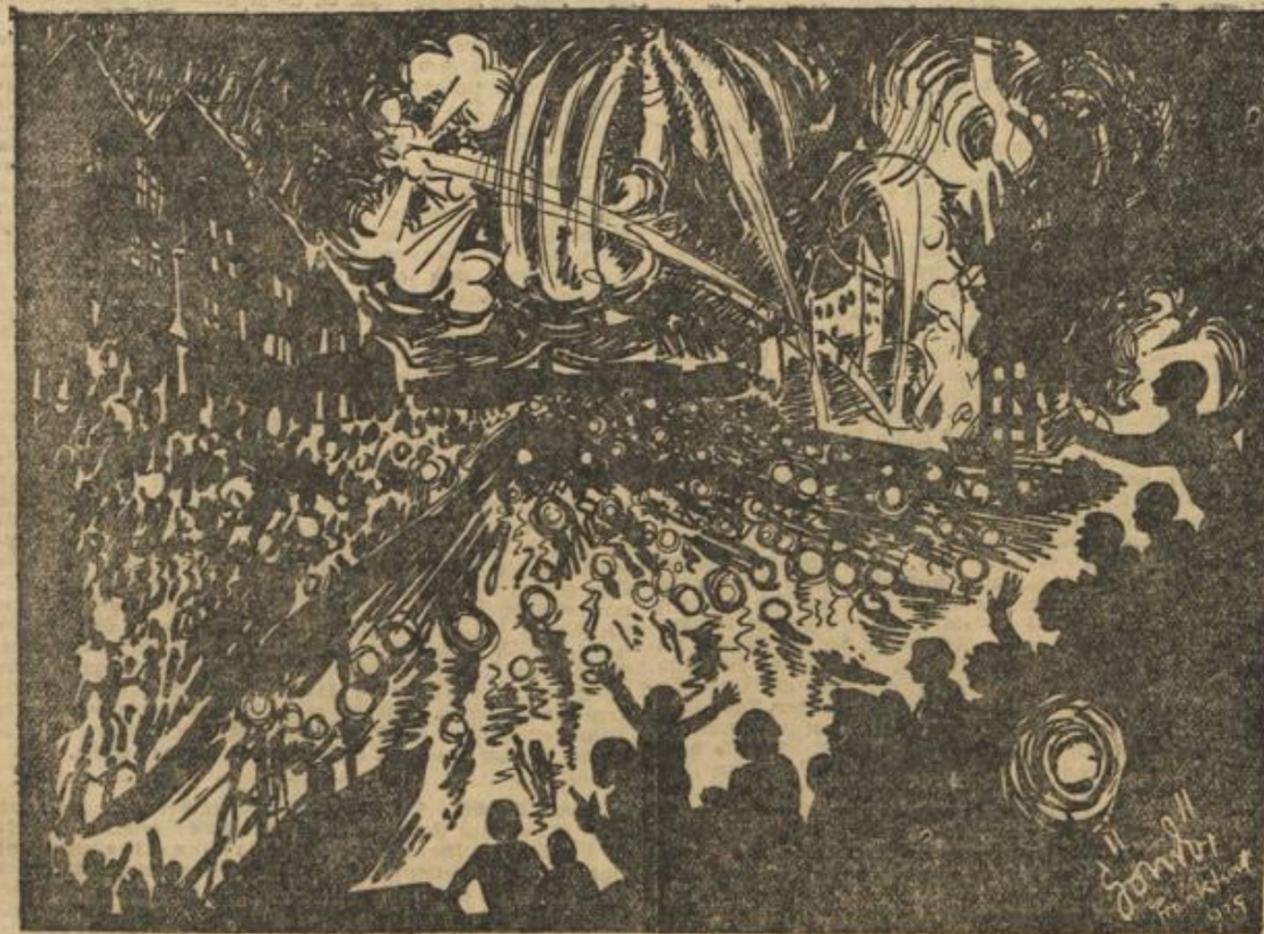
**Beruchstaschen** 95 Pz 1 45 1 75

echt Leder, in verschiedenen Farben

**Geldtaschen** 1 25 1 45 1 65

für Scheine und Bargeld, echt Leder

# Italienische Nacht auf dem Main.



Der leuchtende Main.

Die Stadt Frankfurt hatte ihre internationalen und ihre deutschen Gäste in ihr Theater und in ihre Festhalle geladen. Und nachdem Haydn's „Schöpfung“ beendet, „Carmen“ im Opernhaus ihren letzten Seufzer ausgehaucht, die „Fledermaus“ im Operettentheater und „Alt-Frankfurt“ im Schauspielhaus die dankbaren Gäste entlassen hatten, fing sich der nächtlich stumm dahinschießende Main zu beleben an. Durch die verschlungenen Spinnwebstraßen der Altstadt schob sich ein endloser Strom nach der Eisenbahnbrücke am Osthafen. Jetzt war ganz Frankfurt auf den Beinen, wand sich dem Flusse zu, auf dem das fahrende Frankfurt paddel- und riemenbewehrt in Bereitschaft lag. Aber schon lange vorher waren die Quats und Uferstraßen besetzt und als der letzte Zufluss einsetzte, wurden die Podeste der Brücken, die Brückenbogen an den gefährlichsten Stellen zu gesuchten Standplätzen. Der ganze Main, soweit man ihn überblicken konnte, tanzte von bunten Lichtern mit zahllosen Widerspiegelungen im Wasser. Es schien unerfindlich, wo sich diese endlose Flotte am Tage aufhält. Es gondekelt die „heißen Frankfurter“ im kühlen Main und jedes Würstchen war ein Champion und spielte italienische Nacht. Dazu strömte Keppelwei aus den Bullaugen und die Brezeln schwoogen sich von Bord zu Bord. Eine endlose Kette nächtlicher Schwimmer führte Champions auf den Köpfen durch die bengalischen Wellen und folgten dem Zuge der Boote, der von Brücke zu Brücke, von Ufer zu Ufer im Wirral der Lichter kreuzte. Das Lichterprühnen im Wasser erzählt dann eine Erwiderung von der Landseite des Domes her. Die Raketen zischen und die Leuchtflugeln überfliegen den Main. Es wird brandroter Tag, der Dom erstrahlt von seinem Grundmauern über das Füllgranwerk hinweg in allen Einzelheiten bis zur höchsten Spitze in einer einzigen blutroten Flamme. Das Meer der Köpfe am Ufer ist blutrot überhandt. Der Main zeigt goldene Wellen und alles Leben zuckt auf in einem einzigen Ah! Die Verbundenheit der Ringer löst sich wieder, als das Rot zerfällt. Es erscheint wieder als weißes Magnesiumfeuer, das den Dom und die alten Uferhäuser und die Menschengefächter erhellt. Es dauert noch fast eine Stunde, bis die letzten Lichter im Wasser versinken, der Main wieder mit dem alten Randsilber spielt, der fremde Zauber verschwunden ist.

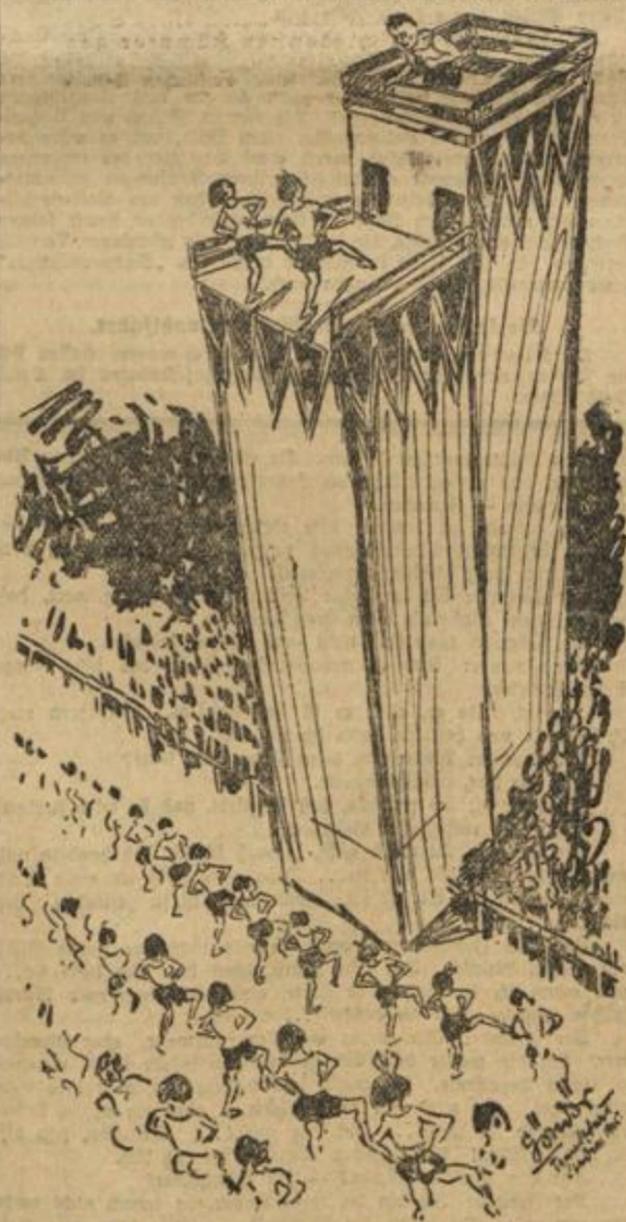
Eine kleine Bemerkung für Berlin: Es wäre erhehend, sich vorstellen zu dürfen, die Weltstadt an der Spree würde ihre Türme und ihre Schiffe eines Abends aus Anlaß eines internationalen Arbeiterkongresses auch einmal illuminieren. Daß sie es tun und gerne tun wird, muß nach dem Beispiel der Mainstadt doch als sicher gelten.

## Einige Stunden für die Kinder.

Am Dienstag nachmittag als die Großen sich müde gekämpft hatten, kamen auch die Kinder zum Wort, zur Tat, zur Bewegung. Das Wort war Gesang als sie am Nachmittag durch die Straßen dem Stadion zupilgerten. Musik für kleine Belme. Wenn nicht gesungen ward, wurde geredet, wurden alle Hindernisse im Stadion, alle Geräte spielend bewältigt. Wenn einer 10 Jahre alt ist, macht er belamlich alles. Mit 15 Jahren leistet er nur noch die Hälfte — in Worten. Im Stadion hielt man, besaunt von halb Frankfurt, feierlichen Einzug, wandelte durch ein Spalier unterschiedlicher Bonner und sich das braune Körperchen bewundern, das nur die stolze kurze Turnhose zierte. Da standen sie nun wie die Großen am Sonntag aufmarschiert auf dem hellgrünen Rasen. Die kleine Körperlichkeit der Erde noch näher, dem Boden verbundener, der richtigen Musik entgegenlaufend. Die bläst brausend durch die Lüfte, packt die kleinen Glieder, wirft sie in den Kreis der Melodie. Freilübungen nach Ruff. Das macht doch noch Spaß, den Körper solange in Bewegung am Boden festgehalten zu drehen, bis der Taft ein anderes befehlt, den Fuß leicht zu heben oder die Arme wie Flügel zu schwingen.

Aber einmal müssen doch die Jungen zu Ende sein. Die ganz kleinen Mädchen, die nur bis an die Tischplatte reichen, und die größeren stehen in weißen Trikots und blauen Höschen auch schon bereit und treten die Musik auf der Stelle, plätten den Hosen mit den Füßen. Einige sind darunter so feingliedrig und schon das Ral der Arbeit tragend, daß man schließlich wieder an den Ernst dieses heiteren Spiels denken muß. Manche, die so ganz klein sind, sind in den Gliedern zwischen die größeren gestellt. Nun marschieren die Jungen ab und machen einen solchen Lärm, daß

das Feld der vielen tausend kleinen Mädchen nicht an jeder Stelle mehr die belebende Musik hören kann. Sie schimpfen, die kleinen Mädchen, und sehen auf das niedliche Vorturnerschorenpaar, das ihnen oben auf dem Turm jede Bewegung vorführt. Das geht nun leichter, oben wiegen sie den Körper, und unten folgen sie getreulich, folgen ihnen, wenn sie oben eine Wendung machen, das Köpfchen drehen und sich in den Hüften wiegen. Bei manchen



Die kleinen Vorturner auf dem Bastionsturm.

dringt schon die Luft am Tanzen durch, sie fühlen sich als einzige kleine Tänzerin und wissen wohl, wie es am besten aussieht. Der Tag der Kinder währt noch lange, es wird gespielt, es wird richtig Stafette gelaufen. Inzwischen rüsten sich die Großen für die letzten Kämpfe.

## Die Festvorführung der Bundeschule.

In der großen Festhalle gab es am Montag abend ein vielseitiges Bild der neuen Gymnastik. Von den verschiedenen Sportplätzen waren etwa 30 000 Turner und Sportler herbeigezogen,

um das Neue zu sehen, das von der Zentrale des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in alle Vereine übertragen werden soll. Zielgebend ist, daß an Stelle des steifmilitärischen das Beweglichkeitstritt. Freilübungen verbinden in sich das Spiel und Turnen, wechselnd fließt eins in das andere. Ernst und Scherz lösen einander ebenso ab wie kraftvolle Sehnenspannung mit lockeren Bewegungen. Soeben Tanz, spannt sich alles zum drohenden Ausfall, um wieder hüpfend und springend das junge Leben zu zeigen. Rucke Knaben in Badehose hüpfen als Einleitung auf die Bühne, zeigen Ballwerfen im Kreis, Springen und Biegen und das lustige Karreziehen. An Barrenübungen schließt sich Stofettenpringen und -stanken über den Barren, Beugeübungen im Sitz um. Die Mädchen im Badestock bringen ihr Liebesgebiet, das ihrer natürlichen Veranlagung entsprechend weicher und mehr auf das Weiblichschöne eingestellt ist. Elastisches Gehen wechselt mit schneefühligem Lauf, hüpfen und rhythmischer Gymnastik ab, Anklänge an die Kammübungen folgen. Die Jungmädchen bringen dieses Gebiet auf höhere Entwicklungsstufe mit größerer Kraftentfaltung. Auch



Die rote Fahne im Kinderzug.

eigene Erfindung wird hier verlangt. Nach dem Klang der Musik muß eine Turnerin eine rhythmische Übung nach eigenem Empfinden vorturnen, die dann von der ganzen Gruppe nachgeübt wird. Mit frohem Ruf springt eine Abteilung vor, um anstrengend den Körper durcharbeiten, dann Atemübungen, Kreisspiele der Musik und Gesang, anschließend Tänze. Die Männer hüpfen wie Junge auf die Bühne, um dann kraftvolle Muskelübungen, wechselnd mit Voderungsübungen, zu zeigen. Es folgt das Springleitspringen, scheinbar gar nicht männlich, Spiele mit dem Medizinball, Sprünge über den hohen Kasten und Stabübungen. Ueberwiegend sind die kraftvollen, muskelbildenden Übungen. Den Gegensatz zeigen die Kinder mit Tänzen in bunter Kleidung. Mädchen tanzen allein, es ist sehr hübsch. Das möchten die Knaben auch — aber allein? Sie singen: Morgen sollen wir tanzen und haben kein Mädchen! Da springen die Mädchen hinzu und vereint gibt es ein schönes Bild. Der Bundesvorsitzende Geßert ruft die anwesenden Zehntausende auf, das Gesehene in die Arbeitermassen hinein zu tragen und die Bundeschule finanziell zum Wohle des Ganzen zu unterstützen. Ein Kostümtanz zweier Jungmädchen bildet den stimmungsvollen Abschluß des inhaltreichen und interessanten Festabends.

Der aufopfernden Arbeit der Arbeiter-Samariter muß bei alledem auch gedacht werden, vom Tagesgrauen bis zum späten Abend waren die Mannschaften während dieser Tage in anstrengender Tätigkeit. Sie hatten oft genug Anlaß, ihre Kunst zu beweißen und taten das mit einer Hingabe, die des höchsten Lobes wert ist. In den ersten vier Tagen wurden 2000 Hilfeleistungen verzeichnet. Schwere Verletzungen sind nicht vorgekommen. Das einzige Opfer stellte im Dienst der Pflicht die Arbeiter-Samariter selbst. Der Kreisleiter der 16. Kreises, Gen. E t o e h - Neu-Henbur, wurde auf dem Wege zum Stadion auf seinem Motorrad von einem Automobil von hinten angefahren. Er wurde in schwerem Zustand nach einem Krankenhaus gebracht, wo er bald darauf starb. Der Unfall löste überall tiefe Trauer aus.

## Heimatwandern.

Als nach dem Kriege die Wandervogelbewegung einen so glänzenden Aufstieg nahm, daß die Schar der an den Sonnabenden zum Bahnhof eilenden Burichen und Rädel fröndlich wuchs, konnten es manche „ehrlichen Leute“ nicht unterlassen, darüber abfällige Bemerkungen zu machen. Sie sprachen von der „Entfittlichung der Jugend“, von „Juchlosigkeit“ und anderem. Doch unsere Jugend lachte ab des Spiechertums und zog den richtig eingeschlagenen Weg weiter, pflegend das Gemeinschaftsleben. Wohl soll nicht verkannt werden, daß es eine sogenannte „Auch-Jugend“ gab und gibt, die, wenn der Sonnabend herangenahet war, ausstößt mit allen Dingen, die mit der Wanderei nichts zu tun hatten, in die Natur hinausziehen und dort das Ansehen der Wandervogelbewegung mit allen Kräften herabzumindern suchten. Aber diese Leute sind „im Absterben“ begriffen. Das gute Vorbild unserer wandernden Jugend hat nach und nach erzieherisch gewirkt. Doch bleibt immerhin noch viel Arbeit auf diesem Gebiete zu leisten. Auch in der Literatur findet dieses wahrhafte Jugendwandern seinen Widerhall. Johann Charlet hat kürzlich im Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SEB 68, Belle-Alliance-Platz 7/8, ein Buch über „Heimatwandern“ erscheinen lassen, das mit Recht den Untertitel „Ein Wanderbuch der Jugend“ führt. Charlet ist der Jugend kein Unbekannter mehr. Er weiß die richtigen Saiten anzuschlagen und ihnen einen Klang abzugewinnen, den eben die Jugend versteht und gern hat. „Unsere Jugendgenossen sollen denkende Menschen werden.“ sagt der Verfasser unter anderem in seinem Geleitwort. Dieser Satz ist der Leitgedanke des ganzen Buches. Der Arbeiterwanderer Charlet verfußt hier, die Jugend für die Heimat zu begeistern und sie hinauszuführen aus dem grauen, eintönigen Steinmeer, der Ruiner Natur entgegen. Im ersten Kapitel, das von den Steinen am Wege handelt, läßt der Verfasser ein anschauliches Bild an uns vorüberziehen. Wir erfahren, wie die Steine an den Wiesen- oder Kletterand hingekommen sind. Er macht seine Leser mit der Eiszeit bekannt und lehrt sie, Naturereignisse zu begreifen. Wir ziehen hinaus mit ihm in die Wälder, um den Vorträufel zu luchen, und treiben dabei gleichzeitig Blumen-, Pflanzen- und Baumkunde. Aber auch die Tierwelt kommt bei Charlet nicht zu kurz. Ein anderes Kapitel ist der Landkarte und dem Kompaß gewidmet — zwei Dinge, die für den Wanderer unentbehrlich sind. Auch die Abhandlung „Alte Scherben“ wird so manchem Naturfreund über die früheren Bewohner der Erde interessanten Aufschluß geben und zum besseren Verstehen erheblich beitragen. Kurzum: Charlets Buch verdient Beachtung. Wert hat es ihm doch an, daß der Verfasser das darin enthaltene vielseitige Material mit der unendlichen Liebe zur Natur zusammengetragen und anschaulich geformt hat. Röge

es gerade die arbeitende Jugend, die an Werktagen in Werkstatt und Bureau um des Brotes willen hart schafften muß und nur den Sonntag zur Erholung für sich hat, fleißig zur Hand nehmen, um daraus zu schöpfen und zu lernen.

### Den spielenden Kindern.

Die für die Schulkinder Berlins eingerichteten Ferien-spiele, die alljährlich in den Sommerferien vom Jugendamt der Stadt auf den großen in den Außenbezirken gelegenen Spielplätzen veranstaltet werden, sind in diesem Jahre gut besucht. Das Verlangen, aus den engen und dumpfen Mietkasernen sich ins Freie und Wette hinauszuflüchten, ist durch das heiße Wetter, das bald nach Ferienanfang einsetzte, gesteigert worden. In solchen Zeiten wird es recht augenscheinlich, daß diese Spielgelegenheit ein Segen für die Großstadtkinder ist. Bei Beginn der Ferienspiele war der Besuch so stark, daß in der ersten Woche ein täglicher Durchschnitt von 23 000 Kindern festgestellt werden konnte. Die zweite Woche brachte noch eine Steigerung, so daß in ihr an einem Tage sogar 28 000 spielende Kinder gezählt wurden. In der dritten Woche sank die Durchschnittszahl auf 23 000, anscheinend unter dem Einfluß des Uebermaßes von Hitze, die bei zu langer Dauer schließlich doch dem Besuch abschreckt. Die vierte Woche, in der es zu einer geringen Abkühlung kam, hatte eine erneute Steigerung der Durchschnittszahl auf 25 000. Der große Spielplatz, der bei Buch liegt, der größte von allen, hat regelmäßig die höchsten Besuchsziffern. In der zweiten Woche wurde hier mit einer täglichen Durchschnittszahl von über 4000 der Gipfel erreicht. Solche Kindermassen täglich auf der Straßenbahn oder auf der Eisenbahn nach den Spielplätzen zu befördern, ist keine geringe Leistung. Als vor jetzt fünfundsiebzig Jahren in der Berliner Stadtverordnetenversammlung die damals noch kleine sozialdemokratische Fraktion auf die Notwendigkeit hinwies, die erholungsbedürftigen und spielfreudigen Kinder unter Benutzung der Verkehrsmittel aus der Stadt ins Freie hinauszuschaffen, galt manchem das als eine schwer lösbare Aufgabe. Sie ist gelöst worden, und alle Befürchtungen, daß solche Tagesverordnungen ein Heeres von Kindern sich nicht werde durchführen lassen, haben sich als unberechtigt erwiesen. Jener in der Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1900 von unseren Genossen eingebrachte Antrag, für den sich erfreulicherweise eine Mehrheit fand, war der erste kräftige Anstoß zu einer den Verhältnissen entsprechenden Ausgestaltung der Ferien-spiele. Da im Stadtgebiet selber eine nennenswerte Vermehrung der Spielplätze nicht möglich war, wenn man nicht gerade ganze Häuserviertel ankaufen und niederreißen wollte, so blieb nur der Ausweg, die Kinder in Massentransporten hinauszuschaffen, um sie wenigstens in den Tagesstunden dem Häusermeer zu entreißen. Was bis dahin zur Pflege der Ferien-spiele geschehen war, konnte selbst den bescheidensten Ansprüchen nicht genügen. Was wir heute sehen, ist jener Anregung zu danken. Gewiß, auch nach dem erwähnten Beschluß der Stadtverordnetenversammlung änderte sich zunächst noch nicht viel, aber der Gedanke, daß es anders werden mußte, hatte sich durchgesetzt. Die Bahn war frei für die Entwicklung, die wir in den seitdem vergangenen fünfundsiebzig Jahren verfolgen konnten und die noch nicht abgeschlossen sein darf.

### Der Ehrenmann von Hermsdorf. Postbeträger und Heiratschwindler.

Zu dem Postskandal in Hermsdorf erfahren wir noch folgende Einzelheiten. Die Angaben, daß dem ostlichen Heiden Knauft (nicht Knaut) die 500 M. ausgezahlt worden sind, als die Oberpostdirektion bereits von den Verfehlungen im Postamt Hermsdorf wußte, sind dahin zu berichtigen, daß die 500 M. am Donnerstags Knauft ausgezahlt wurden, daß die Oberpostdirektion aber erst in der Zeit vor 10 bis 11 Uhr von den Verfehlungen benachrichtigt wurde. Die Revisionen haben erst am Freitag nachmittags gegen 1 Uhr stattgefunden.

Knauft hatte sich das Geld im Postamt Hermsdorf auf die Weise verschafft, daß er im Oktober 1924 einen kleinen Betrag von 100 M. heim Postschekamt auf sein Konto einzahlte. Dann ging er mit dem Ausweis zu Bartels, der ihm aber nicht den eingezahlten Betrag, sondern den geforderten gab. Das wiederholte sich ständig. Wenn z. B. Knauft sich von Bartels 3000 M. holte, so zahlte er beim Postschekamt 2000 M. ein, 1000 M. bezieht er für sich, 3000 M. überwies er wieder seinem Konto und holte sich dann am Abend von Bartels wieder 4000 M. Das wiederholte sich bis das Defizit auf 45 630 M. angelaufen war. Von dem von Bartels erhaltenen Geld veranstaltete Knauft große Trinkereien, kam vollständig betrunken nach Hause und unternahm große Autofahrten.

## Sinnenspiel.

12] Aus einem Tagebuch.  
Mitgeteilt von Kurt Eisner.

Ich war nach Mitternacht zu Bett gegangen. Es war schwül und dunstig. Ich schleuderte die schwere Decke auf den Boden, zog auch das Hemd aus und lag nackt da, mit einem sonderbaren unruhigen Empfinden meines eigenen hüllenlosen Leibes. Durchs offene Fenster rauschten die Pappeln. Solch rauschen mecht gefährliche Stimmungen. Ich versuche, sie hinwegzuspotten, indem ich die Pappeln beschuldige, sie rauschten schon nicht mehr, sondern sie verüben — in der großen Unfugsprache — ruhestörende Wärme, und ich bitte sie, es einmal mit ruhebringendem Wärme zu versuchen. Vergebens biete ich solche Späße gegen mich auf. Aus dem nächsten Rauschen ist schon die Gestalt Mienschen erstiegen, das Dunkel hat Gewalt über mich erlangt. Des Tages gebändigte Gestimmungen sind erloschen. Noch sträube ich mich, das Tor meiner erregten Phantasie zu öffnen. Das Mädchen mag draußen bleiben! Ich will nicht, ich will nicht! Aber mein Widerstand ermattet, ich gebe nach, und nun verliere ich alle Herrschaft über mich. Jetzt hemme ich nicht mehr, sondern treibe die Phantasie, daß sie mir immer Wilderes und Heißeres erstunt. Das Spiel wird zur Raserei. Nur noch einmal Liebe lernen und lehren! Ich streiche Mienschen über Haar und Wangen, über den Hals und den runden Arm unter dem weiten Kermel, den ich der sanft Sträubenden langsam emporstreife. An der Bluse ist ein Knopf gelöst, dann ein zweiter... Ich küsse die Innenstiderei, die unschuldig und rührend herausguckt, als rankte sie sich aufteimend plötzlich aus dem dunklen Schoß an weißem Gelände empor... Nein, nein, nein, nicht dieses. Ich will das Fest meiner Liebe nicht in einem Rausche vergeuden, es soll Jahre währen. Wir wollen lacht — in langer Zeit zum Gipfel aufsteigen. Geh wieder fort, Kind, morgen früh lachst du mir über die Hede entgegen, und wir wandern gemeinsam zum Strand, zwei ordentliche Leute, die nur ein wenig erst an den Geheimnissen der Liebe zupfen. Du sollst nicht meine Wüste werden, sondern mein Weib — unser Hochzeitstag soll nicht das Ende, sondern der Anfang unseres Bundes sein.

Wie ein fester Entschluß ist es jetzt. Ich werde ein ehrbarer Liebhaber sein, ich werde erst schüchtern werden, dann die seltsame und verlangende, veragende Brautzeit und dann der Tag, wo ich die Braut in die Kammer führe. Ich habe Mienschen aus meiner Phantasie wieder herausgelockt. Ich glaube nun allein zu sein

Knauft lebte, ehe er die Post beglückte, davon, daß er ehelichsten Frauen das Glück der Ehe versprach und einen ebenso lukrativen wie strupelosen Heiratschwindel betrieb. Drei Frauen hat er so um erhebliche Beträge erleichtert. Als er einmal deswegen angezeigt wurde, wurde das Verfahren eingestellt auf die Auskunft der Hermsdorfer Polizei, K. sei ein Ehrenmann, ein Heiratschwindel sei ihm nicht zuzutrauen. Jetzt hat der Ehrenmann sich obendrein als Postbeträger entpuppt.

### Der Kampf um die Tanzkonzessionen. Ein Urteil, aber keine Klärung.

Den Ballettlehrern Rürich und v. Paquet-Leon war der Vorwurf gemacht worden, daß sie, die vom Berliner Polizeipräsidium wiederholt als Sachverständige in Tanzangelegenheiten herangezogen worden waren, ihre Befugnisse überschritten hätten, indem sie eine „Zentralprüfungskommission“ gebildet und den Tanzlehrern, die sich ihren Prüfungen nicht unterziehen wollten, Strafen androht hätten.

In dem Strafprozeß, der gestern vor dem erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte stattfand, bestritten die beiden Angeklagten, daß sie sich des Betruges und der Nötigung durch Annahme eines öffentlichen Amtes schuldig gemacht hätten. Sie seien beim Polizeipräsidium gütlich tätig gewesen und auch zu einer Konferenz zugezogen worden, die sich mit der Ausdehnung der Bundesratsverordnung von 1917 zu befassen hatte. Damals herrschte im Tanzunterricht eine allgemeine Pflücherei und Ausnutzung des Publikums vor. Von den Abteilungen II und III des Polizeipräsidiums sei damals die Ausdehnung der Konzessionspflicht, die bisher nur für Ballettunternehmungen bestand, auch auf Unterricht in Gesellschaftstänzen ausgesprochen worden. Als Vorstand des „Genossenschaft deutscher Tanzlehrer“ hätten sie es für ihre Pflicht erachtet, in ihrem Vereinsorgan eine Verwarnung zu geben, daß Strafe drohe wegen unbefugter Ausübung des Lehramtes. Sie hätten in einem Rundschreiben aufgefordert, sich den Prüfungsordnungen der Genossenschaft zu unterwerfen und im Jahre 1920 50 Mark Gebühren zugunsten der Genossenschaftskasse zu zahlen.

Oberregierungsrat Blasenapp, der frühere Berliner Theaterzensor, bestätigte, daß die Angeklagten als Sachverständige des Polizeipräsidiums Prüfungen abgenommen und sich gütlich beteiligt hätten, ohne daß ihnen ein amtlicher Charakter beigelegt worden wäre. Oberregierungsrat Günther, der Vizepräsident des Provinzialschuloberschulrats, bestätigte, daß nachträglich die Konzessionspflicht eingeführt worden sei. Es trat dann als Zeugin die Tänzerin Gudrun Hilbebrandt auf, die aus dem Tanzlehrerverband der Angeklagten ausgeschlossen worden war und darin eine schwere Schädigung ihrer Berufstätigkeit erlebte. Deshalb hatte sie auch durch Rechtsanwalt Dr. Bindar das Verfahren in Fluß bringen lassen und diesem Verfahren hatten sich dann auch zahlreiche Inhaber von Tanzinstituten angeschlossen. Die Angeklagten hätten eine Unzahl von Prospekten an alle Tanzlehrer und Institute im Reiche verschickt mit der Aufforderung, 50 Mark einzusenden, damit sie ihre Tanzschule weiter betreiben könnten. Der Prospekt war unterzeichnet: „Zentralprüfungskommission“, und allgemein habe man daraus auf einen amtlichen Charakter geschlossen. Die meisten Tanzlehrer hätten die 50 Mark aus Angst, ihren Beruf zu verlieren, eingeschickt. Staatsanwaltshausrat Kroushaar kam in Uebereinstimmung mit den Rechtsanwälten Dr. Freg und Dr. Ahmann zu dem Antrage auf Freisprechung. Nach längerer Beratung erkannte Amtsgerichtsrat Liebegott ebenfalls auf Freisprechung beider Angeklagten auf Kosten der Staatskasse. Das Gericht habe die Ueberzeugung gewonnen, daß die Bezeichnung „Zentralprüfungskommission“ keine Amtsbezeichnung darstelle. Die Angeklagten hätten aus idealen Gründen eine Reformation auf dem Gebiete des Tanzwesens durchführen wollen. Von einer betrügerischen Absicht könne keine Rede sein.

Der Prozeß hat zwar ein Urteil, aber keine Klärung der Sachlage gebracht. Haben die freigesprochenen Angeklagten fernerhin das Recht, sich als „Zentralprüfungskommission“ zu betätigen, für ihre Examinatorentätigkeit Gebühren zu verlangen und Konzessionen zu erteilen bzw. zu verweigern? Die Herren Rürich und Paquet-Leon sind Tanz- und Ballettlehrer alten Stils, und es wäre ungeheuerlich und unerträglich, wenn etwa Vertreter des modernen Kunsttanzes gezwungen würden, sich ihren Prüfungen zu unterziehen. Auch wäre dringend zu wünschen, daß das Polizeipräsidium sich neben diesen Meistern einer absterbenden Kunst solcher Sachverständigen bediene, die den neuen, heute lebendigen Tanzstil vertreten. Es sind Fälle denkbar, in denen das „Sachverständigen“-jener notwendigerweise versagen muß.

### Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

Die Kinder, die im Mai in Tännich waren, treffen sich am Freitag, vormittags 10 Uhr, am Bahnhof Sadowa im Lokal Waldhäute.

### Mordprozeß Hauffe. Der Geisteskranke als Zeuge.

Vor dem Potsdamer Schwurgericht ereignete sich der seltene Fall, daß ein Geisteskranker als Zeuge vernommen werden mußte. In der vierten Woche verhandelt dieses Gericht gegen die Raubmörder des Bierkutschers Hauffe. Unter den Hunderten von Zeugen sollte als letzter der 26jährige Leutnant Hans Heyl, früher in Luckenwalde, vernommen werden, da er evtl. als Mörder bzw. an einem Gold- und Silberdiebstahl in Frage kommen konnte.

Heyl ist inzwischen geisteskrank geworden und wurde unter großen Schwierigkeiten aus der Irrenanstalt Godebau bei Darmstadt nach Potsdam transportiert und sofort in die epileptische Anstalt untergebracht. Den Kranken im Gerichtssaal zu vernehmen, konnte nicht gewagt werden, zumal ihm 30 Zeugen gegenübergestellt werden mußten. Der Psychiater Dr. Dannenberger von der Anstalt gab sein Gutachten über den Kranken, über seine Eidesfähigkeit und Glaubwürdigkeit ab. Es ging dahin, daß der Zeuge psychologisch zu bewerten ist wie ein Hysteriker. Er leidet an Schwachhinn, und seine Glaubwürdigkeit wird abhängen von den Ereignissen, die ihm vor Gericht gegenübergestellt werden. Es könnte passieren, daß er vor dem feierlichen Anblick des Gerichts von neuem erkranken könnte. Aus Zweckmäßigkeitsgründen begab sich das Schwurgericht unter dem Vorbehalt des Landgerichtsdirektors Dr. Westerkamp in mehreren Postautomobilen zur Provinzialanstalt für Epileptische, wo der Kranke untergebracht war. Der Haupthausaal war zum Verhandlungsraum hergerichtet. Unter starker Polizeibewachung wurden die Angeklagten in den Saal geführt, bei der Vernehmung des Zeugen aus dem Verhandlungsraum aber entfernt. Von zwei Pflegern betreut, wurde Heyl heringeführt. Der Vorsitzende forderte ihn in freundschaftlicher Weise auf, an einem Tisch Platz zu nehmen, und sofort hatte Heyl den Kontakt mit dem Gericht. Mit äußerster Vorsicht, ja, man kann sagen, mit Intelligenz, gab er seine Antwort. Die Gegenüberstellung verlief vollkommen negativ. Keiner der Zeugen erkannte in Heyl den Mann wieder, der evtl. mit Hauffe am letzten Tage gesehen worden war, noch als denjenigen, der bei dem Goldwareneinbruch in Betracht kam. Der Sachverständige, über die Vernehmung des Zeugen befragt, spricht sich dafür aus, daß der Kranke seelisch durch die Verhandlung nicht insiziert worden war. Rechtsanwalt Liemann protestierte gegen die Vernehmung. Aber das Gericht bereitete diesen Zeugen; es war der letzte unter den Hunderten. Mit ihm wurde die Beweisaufnahme in dem Mordprozeß gestern abend geschlossen. Morgen beginnen die Plädoyers, und am Sonnabend wird das Urteil gefällt.

Leute klischen. Der 18jährige Schlosser Georg S. hatte mit seiner Braut eine Partie nach Dabendorf gemacht. Abends auf dem Rückweg kamen sie an einer Kirchengasse vorbei und begannen unbefugterweise zu pflücken. Nachdem das Mädchen schon einige Pfund in ihrer Tasche hatte, kam der Bäcker der Allee herbei. S. sprang vom Baum, kam dabei aber so unglücklich zu Fall, daß er sich einen Bruch des rechten Unterarmes zuzog. Gemeinsam mit dem Bäcker brachte das Mädchen den Verunglückten zum Arzt. Nachdem S. ein Korbband angelegt worden war, wurde er mit einem Bogen nach der Wohnung seiner Eltern in Berlin befördert.

Linienumleitung bei der Straßenbahn. Wegen Gleisbauarbeiten an der Kreuzung Potsdamer-, Ede-Bülowsstraße werden in der Nacht vom 29. zum 30. von 12 Uhr ab folgende Linien umgeleitet: Die Linien 24, 40, 48, 63, 74, 88 über Bülowstraße, Bülowplatz, Maassenstraße, Rollendorfsplatz, Winterfeldplatz, Golystraße, Klagenstraße, Hauptstraße. Die Linie 69 über Bülowstraße, Bülowplatz, Maassenstraße. Die Linien 51, 57, 60, 62, 91, 191 über Bülowstraße, Bülowplatz, Rollendorfsplatz, Feststraße, Kettelbeck, Kleiststraße. Die Linien 31, 64, 154 über Godebau, Hallerstraße, Winterfeldplatz, Maassenstraße, Rollendorfsplatz, Kleiststraße.

Öffentliches Volkstheater im Schillerpark. Am kommenden Freitag, abends 7 1/2 Uhr, gibt der „Reineckische Männerchor Berlin 1900“ (Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes) auf der Terrasse im Schillerpark ein Freiluftkonzert. Zum Vortrage gelangen eine Reihe Volks- und heiterer Lieder.

Ötliche Voader: Ein Reinger Weg. Die Selbstbiographie der heimgegangenen Genossin Ötliche Voader ist unter diesem Titel in unserem Parteiverlag erschienen und zum Preise von 60 Pf. in der Sortimentbuchhandlung J. O. W. Diez Kauf-, Lindenstraße 2, zu haben.

Better für Berlin und Umgebung. Mäßig warm, wechselnd bewölkt, keine erheblichen Niederschläge. — Für Deutschland. Im Norden einzelne leichte Regenschauer, sonst keine wesentlichen Niederschläge.

und den Schlummer zu haschen. Da aber beginnt erst das Abscheuliche, das unbegreifliche verbrecherische Zwiesgespräch zwischen mir und dem — Fremden.

Ich versuche zu lachen. Wie töricht, sich ein neues Minnerwerden in legitimen Stufengang vorzugaukeln, derweil ich verheiratet bin, sogar glücklich verheiratet!

Der Fremde: Ist dir deine Leidenschaft so wenig wert, daß du bei diesem Hindernis schon stracheist?

Ich: Aber ich kann doch nicht zwei Frauen heiraten.

Der Fremde: Und du behauptest, daß du das süße, junge Geschöpf liebst?

Ich: Ich liebe es, aber es ist hoffnungslos. Verführen mag ich sie nicht und heiraten kann ich sie nicht.

Der Fremde: Wenn nun deine Frau nicht lebte?

Ich: Sie lebt, glücklicherweise.

Der Fremde: So wünsch, daß sie stirbt, und sie wird sterben!

Ich: Welch entsetzlicher Gedanke!

Der Fremde: Du willst nicht, so muß ich für dich handeln und wünschen... Ich bin nun du... Inbrünstig stehe ich, mein Weib möchte sterben... Sie ist tot. Heute nacht ist sie gestorben. Ich bin frei... frei...

Ich: Du Furchtbarer, raubst du mir nicht das ganze Glück mit diesem Wunsch. Ich liebe Klara, hörst du! Ich liebe sie... und wenn ich sie auch nicht liebte, wähe ein Ungeheuer könnte solchen Wunsch auch nur denken!...

Der Fremde: Ein zartes Gewissen, fürwahr, aber schweige nur. Ich bin weiter du. Sie ist tot. Ich werde sofort abreisen zu ihrem Begräbnis. Ich werde sehr traurig sein, aber doch nicht allzu stark. Es wird mir wohl fehlen... aber ein neues Leben eröffnet mir ihr Grab... Ich eile zurück... Mienschen, jetzt bist du mir verfallen! Als ehrlicher Mann fordere ich dich.

Ich: Ein ehrlicher Mann? — Du Schamloser!

Der Fremde: Ich bin du, mein Lieber, du kannst nicht mehr los von mir. Du trägst die Mitschuld... Aber höre, wie diese jungen Lippen rufen, die noch nie getüht! Kannst du es dir vorstellen, das seltsame Mädchen, in einem Weibe das Küssen zu erwecken und die Liebe... Kein Hindernis mehr. Noch einmal tauchst du hinunter in das Meer saugenden, sicheren Gefühls und wanderst durch die prägnanten Muschelgärten jungfräulicher Liebe, in magischem Licht. Wiedergeboren, ein glücklicher Mensch... Wie rein sind diese Lippen, wie durstig, wie heiß!... An dein Herz schmiegte es sich drängend, als wenn feste Knospen begehren, zu Blütenlecken sich zu öffnen. Wider dich wächst, dich umrankend, Erwachender!... Siehst du, da wachen die alten Verse wieder auf... du schwärmst wieder... du fühlst dich Dichter...

So spinnst sich das Zwiesgespräch fort die ganze Nacht. Immer die gleichen wilden Gelüste brennender Bilder und kalter Ausschweifungen... Selbst die Morgenstunden, die sonst den Schlaflosen Erlösung bringen und sie für ein paar Augenblicke in erquickende Vergessenheit betten — sie retten mich nicht. Ich wache hinein in die fahle Dämmerung, und der Wahnsinn weicht auch nicht unter den Strahlen der aufgehenden Sonne. Ich will dem Spuk ein Ende machen, das Bett verlassen. Aber das Bett hält mich wie in Klammern fest, und im heißen Rest der Nacht einsteigt wieder die unsaubere Brut fleher, fallender Verzückungen... Schließlich rasse ich mich auf. Ich fühle mich in dem hereinströmenden Morgenwind, die Nacht gleiten endlich von mir ab. Ich bin wieder ich, und indem ich zurücktrete, fühle ich Scham und Grauen...

Dann bin ich durch die belauten Wiesen gegangen, habe den Müllerknächten bei ihren einfachen Hantierungen zugeguckt, habe Ruhe geschöpft aus dem stillen Behagen weidender Rinder und aus dem lustigen Geschwätz der Buben und Mädchen, die in die Dorfschule traben. Die Welt wird mir wieder vertraut. Das Bewußtsein kehrt in die Sicherheit und Klarheit des Diesseits zurück und ich prüfe als ein Arzt die Verstörungen, welche das Dunkel geboren...

Was lockt mich eigentlich und reizt mich? Liegt nicht alle Wirrnis und Verkehrung darin, daß die leibliche Schönheit verhillt ist? Erhält das Natürliche nicht so erst die dämonische Kraft des Geheimnisvollen, Mystischen. Die Liebe war nur einmal natürlich, frei von schärferem, blendender Empfindsamkeit: Im Paradiese vor dem Sündenfall. Das Freigenblatt vergiftet die Phantasie. Die Freude an der bunten Fülle der Formen der Menschengestalt ist gesund und rein, aber sie verdirbt zur Bier, weil sie verlagert ist. Von Kindheit an werden wir getrieben, Geheimnisse zu lüften, Verstecktes zu ahnen, Heimliches zu enträtseln. Statt der Lust an der Schönheit wird uns die elie Lüsterheit angequält. Wer kein Schamgefühl ist, sondern ein ehrlicher Monogamist aus Reizung, Erziehung und stiller Ueberzeugung, was weiß der eigentlich von den bunten, zahllos mannigfachen Blumen, die im Garten der Schönheit oder Unschönheit gedeihen? So ringen gerade die Besten und Unschuldigsten mit Verhugungen, wie sie die alten Heiligen zu bestehen hatten. Obwohl einen Frauenarzt diese sentimentale Reugier nach den Varietäten der Fretpfoster plagt... Ich muß zynisch werden, um das Gift aus meinen Adern auszutreiben, zynisch oder auch psychologisch rätsonnieren: das ertötet.

(Fortsetzung folgt.)

## Sozialistenschneider von Berlin.

Erinnerungen von Adolph Hoffmann.

Wiederholt aufgefordert, aus meinen Erfahrungen im Kampfe um die Freiheit interessante Einzelheiten schon jetzt zu veröffentlichen, komme ich diesen Wünschen nach und beginne mit jener gewitterschwangeren Zeit, jenen Jahren, die dem Sozialistengesetz (1878 bis 1890) vorausgingen.

Staatsanwalt Lessendorff und der Berliner Polizeipräsident machten weit über Berlin hinaus von sich reden durch ihre mehr denn rücksichtslosen Sozialistenvorfahrungen. Staatsanwalt Lessendorff hatte sein Sozialistenvorfahrungsprogramm am 18. März 1875 in einer Anklagerede in Berlin enthüllt, indem er den Richtern zurief: „Zerstören wir die sozialistische Organisation und es existiert keine sozialistische Partei mehr.“

Am 30. März 1876 machte er auf diesem Wege einen energischen Schritt. Er schloß einfach auf Grund des preussischen Vereinsgesetzes (§§ 8 und 16) den Verein „Sozialistische Arbeiterpartei“ und verbot das Zuhalten von Beiträgen.

Der Erfolg war geradezu glänzend, aber für die Sozialdemokratie.

Bei den Wahlen 1874 hatte sie 351 081 Stimmen erhalten, 1877 486 843. Die Zahl der Zeitungen stieg in einem Jahr von 23 auf 41. Und als am 7. März 1878 der Genosse Heinrich als Redakteur der „Freien Presse“ starb, war sein Leichenbegängnis nach dem freireligiösen Friedhof in der Pappelallee eine Protestdemonstration gegen Polizei und Staatsanwaltschaft, wie sie Berlin noch nicht gesehen hatte. Sie schaffte die Anhänger gleich tausendfach.

Schade, daß es statistisch nicht fahbar ist, wieviele politisch unberührte Männer, vor allem Jugendliche, so schneidige Behörden der Sozialdemokratie zugeführt haben. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, ihr Bemühen, sich bei dem preussischen Innenminister und dem Ministerpräsidenten und Reichszentraler Bismarck die Sporen zu verdienen, machte sie zu Aktivistinnen für die Sozialdemokratie. Roh und rücksichtslos bearbeiteten sie das junge Triebholz, gewachsen im ersten Jahrzehnt nach Ferdinand Lassalles Wirken.

Aber, Ehre, wem Ehre gebührt! Sie „schneideten“ Sozialdemokraten en gros zu Massenlieferungen.

Die Periode, in der man glaubte, die „neue Idee“ durch Sicherheit zu töten, war endgültig vorüber. Die Situation wurde ernst, und man verlor die „neue Lehre“ abzumürgen. Aber auch hier erfüllte sich das alte Sprichwort: „Blinder Eifer schadet nur.“ Alle Welt wurde durch die Kampfanlage der Behörden auf den Sozialismus aufmerksam, wurde neugierig und wollte so einen „Kerl“, „Umstürzler“, „Petroleur“, „Dynamiter“ auch einmal sehen und hören; riskierte schließlich den Weg zu einer Versammlung, und — hm — der „Kerl“ sah ja wie ein anständiger Mensch aus. — Und was sagte er? — Ja, verdammt, das war ja leider nur zu wahr, das hatte man meist selbst am eigenen Leibe verspürt. Man fing an, sich mehr als bisher um die „Frei-lehren“ zu kümmern, man rückte dem roten Gespenst näher und, siehe da, es nahm menschliche Formen an.

So „schneideten“ täglich, stündlich, neue Anhänger für die Sozialdemokratie die Leute, die da wählten, sie vernichten zu können. Schreiber dieser Zeilen ist ebenfalls ein Produkt der Sozialistenschneiderei Anfang der siebziger Jahre. Wohl kam er das erste Mal auf sonderbare Art mit ihr in Berührung. Sein Bekehrer, ein frommer Katholik, sagte ihm am ersten Sonntag seiner Lehre: „Wenn Du auch ein „Kerl“ bist, kannst Du wenigstens nach Deiner Kirche gehen.“ Und er mußte allsonntäglich zur Kirche.

Am ersten Pfingstfeiertag, als er schon im Konfirmandenanzug zum Kirchgang bereit stand, mußte er sich wieder ausziehen und die Werkstatt, weil er es nicht ordentlich gemacht hatte, nochmals auf-räumen.

Am zweiten Feiertag mußte er, wie das bei Lehrlingen, die sich frei lernten, d. h. beim Meister wohnten, üblich war, für die Frau Meisterin erst Holz hauen usw., und durfte dann, genügend angeregt, zu seinem ewangelischen „Kerl“ beten gehen.

Es war ein wunderschöner Sommertag. In den gefärbten weißen Pfingstkleidern war alles, was Weine hatte, vor den Türen Berlins. Zur Kirche war außer mir nur noch ein altes, humpelndes Mütterchen, der Pfarrer und der Küster erschienen.

Heute verstehe ich, daß es den Pastor wenig reizte, uns beiden eine Pfingstpredigt zu halten. Schließlich wäre die „Ausgiehung des heiligen Geistes“ in dem alten, vom Leben hartgeprüften Kopf des Mütterchens ein ebenso erfolgloses Experiment gewesen, als der Versuch, ihm Eingang in den Schädel des noch nicht fünf-zehnjährigen zu schaffen.

Der Herr Pfarrer hat uns durch den Küster zu sich, und schlug vor, in seinem Studierzimmer „ein wenig erbaulich zu plaudern“.

Das alte Mütterchen tappelte gern mit. Für sie war es ein Ereignis, des Herrn Pastors Studierzimmer kennen zu lernen; während ich mit einer gewissen Bestimmtheit folgte, und an der Haustür, als Pfarrer und Mütterchen das Haus betreten hatten, links umkehrte machte und austritt.

Warum? — Noch heute kann ich mir darüber nicht Rechenschaft geben. Vielleicht war es die Angst, der Pfarrer könnte mich nach den „zehn Geboten“ fragen und die — kannte ich damals noch nicht so gut wie heute. —

Da ich nun nicht schon zu „Meesters“ zurück konnte, wenn sie nichts von meinem ersten „tatsächlich klugen Rückzug“ merken sollten, bummelte ich durch die Straßen. Meine Augen blieben in der roten Straße an einem Schildbilde haften mit der Aufschrift: „Freireligiöse Gemeinde. Jeden Sonntag Vortrag. Zutritt für jedermann frei.“

Lehteres war ausschlaggebend für mich. Ich ging hinein, was bei dem Stand meiner Finanzen sonst unmöglich gewesen wäre.

Daß ich nicht noch im letzten Augenblick umkehrte, dafür sorgte ein Kellner, der, als ich im Vorreiter die auf den Schranken des Korridors liegenden Pakutenfüllen neugierig betrachtete, mich an-fuhr: „Was willst du hier, du willst wohl kopieren?“

Mis ich sagte, ich wolle zum Vortrag, bekam ich zur Antwort: „Dann schrei dich oben raus.“

Also, nolens volens, jetzt war's entschieden. Ich mußte hinein, um mich von der beleidigenden Vermutung der Kellners, der mir nachschah, zu reinigen.

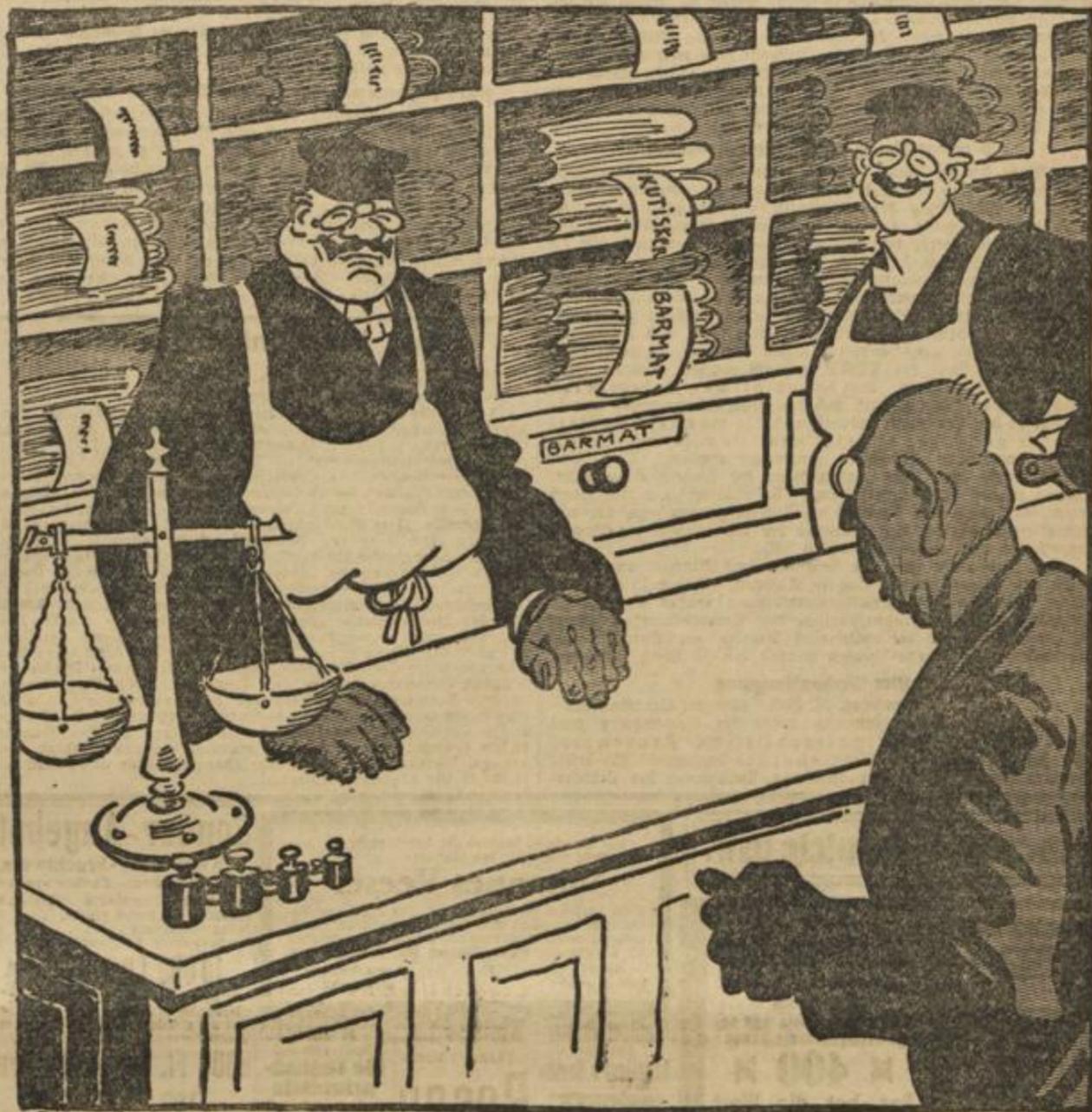
Hier sprach ein älterer Herr im schwarzen Anzug, wie ich später erfuhr, der freireligiöse Sprecher Schäfer.

Nachdem ich die Versammlung gemustert und neben einem Mikrogehosien einen Platz erhalten hatte, hörte ich aufmerksam zu. Da was der Mann sagte, verstand ich. Er knüpfte an's menschliche Leben an, während der Sermon des Pfarrers bei mir immer wie an einer Ente das Wasser, abgelaufen war, ohne irgend eine Wirkung zu hinterlassen.

Als ich dann zu meinem Nachbarn meine Gefühle in den Worten Ausdruck gab: „Du, der spricht aber viel besser als unser Pfarrer“, erhielt ich lachend zur Antwort: „Na, du Scholstopi, gehst wohl zur Kirche?“ Und auf meine Entgegnung: „Der Meister schickt mich doch hin“ ward mir der Rat: „Du brauchst doch nicht zu erzählen, wohin du gehst. Komm man immer hierher.“

Auf meine nochmalige Versicherung, daß sein Prediger viel schöner spreche, erhielt ich zur Antwort: „Da sollst du erst mal Frische Hasselmann oder Rost hören.“

## Im Schwarzweißroten Justizladen.



„Der Herr wünschen?“  
„Bitte um drei Kilo Geheimakten, für das deutschnationale Zeitungsgewerbe passend.“

Neugierig fragte ich: „Sind das auch Pfarrer?“

„Scholstopi“ lachte es abermals. „Das sind Sozialdemokraten.“

Natürlich wußte ich nicht, was das war, denn wenn man von 9 Jahren auf einem Schiffertahn, von 10 Jahren bei einem Holzfüller, der während der zwangswise Arbeitspausen bei hohem Schneefall die Schulstrafen abgab, und von 11 Jahren in einer Korbmacherwerkstatt in der Provinz bei einem Kleinmeister auf „Grünzeug“ tätig ist, hört man, besonders wenn Schiffer und Holzfüller Trinker sind, der Korbmacher von früh 5 Uhr bis spät in die Nacht arbeitet, nichts von Kulturfragen.

Ich ging gern auf die Anleitung meines neuen Jugendfreundes ein, meinem Meister für nächsten Sonntag was „vorzuräubern“, um auch den Nachmittag frei zu bekommen und mit nach dem Rollstuhl in Rixdorf zu gehen, wo Frische sprechen sollte. Von nun an „räuberte“ ich dem Meister öfter etwas vor und lernte so Hasselmann, Hofencleber, Rost usw. kennen. Ich schloß mich sogar dem ersten Versuch an, die Arbeiterjugend zusammenzufassen, ein Verdienst, das unbestritten Johann Rost zukam.

Wer daran Anstoß nimmt, daß Rost später Anarchist geworden ist und die Londoner „Freiheit“ herausgab, in der er viele unberechtigte und unbegründete, sowie verallgemeinernde Ausfälle gegen die Sozialdemokratie machte, der lese seine „Bastille am Pflügen“ und seine Erlebnisse „Im Wastenkügel“ derlei Staatspension, und wer kein Fischblut hat, der wird dem verbitterten Rost dann manche Schwächen verzeihen und manchen unbesonnenen Schritt wenn auch nicht billigen, so doch begreifen.

Damals, als er noch Sozialdemokrat war, nahm er uns Jungen mit seinen schlichten, aber wahren Worten gefangen.

Er ließ uns in dem großen Buche der Welt- und Entwicklungsgeschichte lesen, indem er uns nach dem Tiergarten und Grunewald führte, dort keine politischen Traktate hielt, denen wir sicherlich verständig gegenübergestanden hätten, sondern die Freude an der schönen Natur, die Liebe zum frühlichen Wandern bei uns zu wecken suchte.

„Wer die herrliche Natur und die schöne Welt kennengelernt hat, wird sich von selbst gegen jede Knechtschaft auflehnen“, waren seine Worte.

„Reißet die Tanzböden und Budiken, geht hinaus in den grünen Wald, auf die blumendestreuete Wiese, da weidet sich Herz und Auge.“

Wenn dann sein langer Arm wie ein Wegweiser in die weiße Welt zeigte und seine Augen vor Freude leuchteten, hingen wir Jungen atemlos an seinen Lippen und uns verging jede Spottlust über seinen ihn entstellenden schiefen Mund. Und das will bei Berliner Jungen etwas sagen.

Wir hörten nur seine begeisternden Worte, und sie sind jedem, der einmal an der „Rostschen Jugendgarde“ teilgenommen, für immer im Gedächtnis geblieben.

Jedoch die strenge und knechtliche Lehrzucht, das harte Ringen um des Lebens Notdurft und nicht zuletzt die Unerwartung auch eigener Genossen, die ihn mit seiner „verrückten Idee“, die Jugend zu organisieren, verpönten, liehen die Rostsche Jugendgarde nicht aufkommen und sicher wäre alles bald vergessen gewesen, wenn nicht die Sozialistenvorfahrungen mit ihrem unbezahlbaren Staatsanwalt Lessendorff und Bismarck-Puttamer-schen Hehwahnstimm einsetzten.

Druck erzeugt Gegendruck. Die Redakteure am Kaiser-Franz-Grenadier-Platz, wo die „Freie Presse“ erschien, hatten spitze Federn und schneidige Sprache. Polizei und Staatsanwalt packten schneidig zu. Ein „Festgedruff“-Artikel gegen den Berliner Polizei-Präsidenten selbst gewann, als ich aus der Lehre war, mich zum Abonnenten für die „Freie Presse“.

Ich war 1873 über die Freireligiöse Gemeinde das erste Mal mit der Sozialdemokratie in Berührung gekommen. 1876 schloß ich mich als Ahtzehnjähriger ihr direkt an. Die in diesem Jahre ein-legende frivole Hege hatte ihre Wirkung getan.

Der streikende Pfarrer hatte mich zur Freireligiösen Gemeinde, der wildgewordene Polizei-Präsident und rasende Staatsanwalt Lessendorff zur Sozialdemokratie gebracht. Tausenden war es ähnlich ergangen.

Das, was alle Agitatoren und „Brandredner“ der ersten Jünger Lassalles nicht hatten erreichen können, gelang der blöden Hege beförderungslüsterner Exekutivbeamten, wildgewordener Spießer und einer sensationsbedürftigen, liebedienlichen Presse.

In allen Werkstätten, in allen Kneipen, überall, wo Menschen zusammentrafen, sprach man von der neuen „weltbeglücken-den Idee des Sozialismus“. Aus dem „Rächerlichmachen“, „Totschweigen“ hatten Strebertum, Sensationslust und Furcht eine Frage gemacht, die überall an der Tagesordnung war und eine große Masse schwerfälliger Menschen, die sonst gar nicht daran dachten, sich mit wirtschaftlich-politischen Problemen abzugeben, wurden so-zusagen mit der Nase daraufgestoßen.

Hunderttausende wurden zum mindesten von der „roten Seuche“ infiziert.

Ran „schneidete“ eifrig Sozialdemokraten und wohlgefällig lobte der preussische Innenminister und der Reichszentraler diesem Treiben zu, denn — Bismarck brauchte für seine neue Steuerpolitik eine Mehrheit im Reichstag. Die Nationalliberalen sträubten sich noch zum größten Teil dagegen, und da mußte das „rote Gespenst“ helfen, ihm — Bismarck — diese Mehrheit zu schaffen. Der „Rote Schrecken“ machte tatsächlich die nationalliberale Partei zu einer Partei Bismarck sans phrase.

Sonderbare Heilige waren diese „Herrgott“. — Pardon — „Sozialistischer“. Die, welche Mattressen- und Hofliebesgeschichten am eifrigsten in eigenen Kreisen kolportierten, die womöglich gemeinschaftliche Freunde bei einer Flora Goh waren, spezialisierten am meisten gegen die angeblich angestrebte Weibergemeinschaft der Roten. Und die, welche so gründlich die Reichtümer dieser Erde aufgeteilt und davon Besitz ergriffen hatten, daß für Millionen nichts übriggeblieben, schimpften wie die Rohrspagen über das Teilen der neuen Weltbeglücken.

Polizeischikanen, Geld- und Gefängnisstrafen hagelten nur so herab auf die Lassalleaner und Eisenacher, und der erste größere Erfolg war schon 1875 in Gotha der Zusammenschluß der beiden Richtungen der Sozialdemokratie. Man hatte „das Böse gemollet und das Gute geschaffen“. Doch man schneidete weiter. Die Sozialistenschneider von Berlin waren fleißige Beamte.

Sie sollen leben, unsere Freunde, die Feinde!



# Stürmische Szenen im Reichstag.

## Krach zwischen Kommunisten und Zentrum. Die Sitzung zweimal unterbrochen. — Abstimmungen über die Lohnsteuer.

Der Reichstag übernahm gestern zunächst den Rotet für 1925 ohne Debatte dem Haushaltsauschuß. Dann wurde die zweite Beratung des Einkommensteuergesetzes beim § 50 fortgesetzt, der den Steuertarif regelt.

Abg. Dr. Brüning (Z.) begründet dazu einen Änderungsantrag der Regierungsparteien, wonach sich das steuerfreie Existenzminimum von 1100 M. erhöhen soll

1. für die Ehefrau um . . . 100 M.
2. für das erste Kind um . . . 100 „
3. für das zweite Kind um . . . 180 „
4. für das dritte Kind um . . . 860 „
5. für das vierte und jedes folgende Kind um je . . . 480 „ im Jahre.

Kinder im Alter von mehr als 18 Jahren, die Einkünfte beziehen, werden nicht gerechnet.  
Der Antrag geht in der 1. Stufe von 25 M. über die Ausschussvorlage hinaus und läßt die nach dem Ausschussbeschlusse erst für das vierte Kind eintretende Erhöhung um 360 M. schon beim dritten Kind eintreten.

Zum § 52 wird der Abzug folgender Beträge vorgesehen:  
1. 600 M. als steuerfreier Einkommensteil, wenn das Einkommen den Betrag von 10 000 M. jährlich nicht übersteigt.  
2. Für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind je 8 Proz. des über 600 M. hinausgehenden Einkommens, jedoch mindestens für die Ehefrau 100 M., für das erste Kind 100 M., für das zweite Kind 180 M., für das dritte Kind 360 M., für das vierte und jedes folgende Kind 450 M., und höchstens je 540 M. für die Ehefrau und jedes Kind, insgesamt nicht mehr als 8000 M.

### Zur Lohnsteuer

wird von den Regierungsparteien beim § 70 beantragt, daß außer dem steuerfreien Existenzminimum von 900 M. jährlich (80 M. monatlich) vom Steuerabzug befreit bleiben für die Ehefrau und für jedes minderjährige Kind je 10 Proz. des Arbeitslohns, der über das Existenzminimum hinausgeht. Mindestens sollen das sein für die Ehefrau 120 M. jährlich, für das erste Kind 120 M. jährlich, für das zweite Kind 240 M. jährlich und für das dritte und jedes folgende Kind je 600 M. jährlich.

### Abg. Vogel (Soz.):

Die Lohnsteuer ist das Kernstück der Steuererhebung überhaupt. Wenn wir an das Beispiel dazu im Ausschuss und im Plenum denken, so müssen wir den jetzigen Antrag der Regierungsparteien als den Ausfluß ihres bösen Gewissens und als ein Ablenkungsmanöver ansehen. Im Ausschuss hat man uns nicht einmal Zeit zur Beratung gelassen. Lange Zeit hindurch hat die Lohnsteuer 70 bis 80 Proz. der gesamten Einkommensteuer erbracht und ebenso lange wurde ein großes Unrecht an den Lohnsteuerpflichtigen verübt. Der Antrag der Regierungsparteien beseitigt dieses Unrecht nicht. Die Regierung hätte die Erhöhung des steuerfreien Einkommens mit der Behauptung bekämpft, der Steueranfall würde dadurch unerträglich werden. So hat man berechnet, daß bei einem Existenzminimum von 1200 M. im Jahre ein Ausfall von 745 Millionen Mark entstehen würde. Der Redner weist im einzelnen nach, wie falsch die Behauptungen der Regierung gewesen sind. Die von der Regierung gebrauchten Zahlen sind ganz unkontrollierbar. Es wird ganz unberücksichtigt gelassen die Steigerung der Kosten der Lebenshaltung, die durch die Steigerung der Nominallöhne nicht ausgeglichen werden. Daraus ergibt sich aber eine wesentlich stärkere Belastung durch die prozentuale Steigerung der Lohnsteuer. Wir halten deshalb unseren Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Einkommens von 80 auf 100 M. im Monat aufrecht. Der Antrag der Regierungsparteien bringt sogar noch eine wesentliche Verschlechterung für die kinderreichen Familien, und das angesichts der immer unerträglicher werdenden Steigerung der Lebenshaltungskosten. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Mehrbelastung ist um so größer, je Kinderreicher eine Familie ist. (Hört, hört! bei den Soz.) So steht die Sozialpolitik und die Bevölkerungspolitik der Regierungsparteien aus!

An den Beschlüssen der Regierungsparteien im Ausschuss weist der Redner nach, daß sie die bisherigen Steuerverhältnisse noch weiter verschlechtert hätten. Das hat außerordentlich große Enttäuschung in den breiten Massen erregt und diese Enttäuschung wird durch den heutigen Änderungsantrag nicht beseitigt werden. Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo das Versprechen des Reichsfinanzministers, daß bis 100 M. Einkommen im Monat steuerfrei gelassen werden sollen, in Erfüllung gehen muß. Mit platonischen Liebeserklärungen ist den Lohnsteuerpflichtigen nicht gedient. (Sehr richtig! bei den Soz.) Unser Antrag begünstigt sich aber nicht mit der Erhöhung des Existenzminimums, er verlangt auch die Erhöhung der Abzüge für Frau und Kinder. Vergleichen Sie die Belastung der Lohnempfänger bei uns mit der im Ausland, besonders in England, so ergibt sich nach den Beschlüssen des Ausschusses für uns ein weit ungünstigeres Bild. Wir erwarten nun, daß die Regierungsparteien ihr „soziales Herz“ offenbaren und unserem Antrag zustimmen. Wir erwarten aber auch, daß das System der festen Bezüge, zu dem sich die Regierungsparteien endlich bekant haben, sich nicht im Laufe der Zeit zu Ungunsten der Lohnsteuerpflichtigen entwickelt. Um dagegen eine Sicherheit zu haben, beantragen wir, daß der Reichsminister der Finanzen mit Zustimmung des Reichsrats und eines Ausschusses des Reichstages die im Absatz 1 bezeichneten Beträge gemäß der Entwicklung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse neu festzusetzen hat. Hätte die Regierung schon früher an die Stelle der prozentualen Abzüge die jetzigen festen, die wir begründen und die wir schon längst gefordert haben, gesetzt, so wäre manche Härte bei der Erhebung der Lohnsteuer vermieden worden. Wenn sich nicht alle Erwartungen, die an die festen Abzüge geknüpft werden, erfüllen sollten, so liegt das nicht an dem System, sondern an dem

### Mangel an gutem Willen bei der Regierung und den Regierungsparteien.

Unser Antrag soll das nachholen, was bei den Beschlüssen des Ausschusses und bei dem Änderungsantrag der Regierungsparteien noch fehlt. Unsere endgültige Stellungnahme zur Lohnsteuer müssen wir uns noch vorbehalten. Sie wird davon abhängen, welche Haltung die Regierungsparteien zu unseren Anträgen einnehmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Roenen (Komm.) bekämpft das Lohnsteuersystem an sich. Eine wirkliche soziale Verbesserung dieses Systems sei gar nicht möglich.

Abg. Schneider (Dem.) bezeichnet den Kompromißantrag als den Gipfel der Kompliziertheit, während der Zweck der Steuerreform doch eine Vereinfachung war. Der Antrag sei auch so wenig durchdacht und so unreif, daß er eigentlich an den Ausschuss zurückverwiesen werden müßte, wenn dazu noch Zeit wäre.

Die schließe Regelung der Lohnsteuer sei sozial aufreizend und der Kompromißantrag der Regierungsparteien bringe darin keine Änderung.

Die demokratische Fraktion wolle sich mit der Junggesellensteuer abfinden, die in der zehnprozentigen Besteuerung des Bedienen be-

steht. Bei der Ehefrau aber beantragen wir die Erhöhung des steuerfreien Betrages von 90 auf 240 M. Bei der ersten Abstimmung werden wir für den sozialdemokratischen Antrag stimmen.

Abg. Höllein (Komm.) verlangt eine wesentliche Erhöhung der Werbungskosten bei der Lohnsteuer.

Staatssekretär Popph wendet sich gegen die Anträge der Opposition, deren Annahme nach seiner Ansicht einen finanziellen Ausfall von vielen hundert Millionen herbeiführen würde.

### Abg. Dr. Herz (Soz.):

Wenn man sich die Tätigkeit der Regierung in den letzten Monaten ansieht, so kann man zu keinem anderen Schluß kommen, als daß sie bei den Entscheidungen über die Lohnsteuer eine sehr unglückliche Hand gehabt hat. Trotzdem zwischen den Beschlüssen beim Ueberleitungsgeleit und den Beratungen im Ausschuss 6 Wochen Zeit waren, müßten doch jetzt wieder die Beschlüsse des Ausschusses preisgegeben werden. Wie sich der Antrag der Regierungsparteien auf die großen und kleineren Betriebe auswirken wird, ist noch zweifelhaft. Aber dieses System der festen Abzüge und der prozentualen Berechnungen ist für die Beteiligten so undurchdringlich, daß nur ein kleiner Teil der Lohnsteuerpflichtigen die Möglichkeit zur Nachprüfung haben wird. Damit ist aber auch das Urteil über das System dieses Antrags gefällt. Damit kann niemals das Vertrauen hergestellt werden, ohne das die Lohnsteuer nicht aufrechterhalten werden kann. Gerade wer die Lohnsteuer als einen Fortschritt in der Steuererhebung ansieht, der muß es bedauern, daß die Regierung noch nicht ein System gefunden hat, das die bisherigen Schäden beseitigt. Neben der Unübersichtlichkeit des Systems, das durch den Antrag der Regierungsparteien geschaffen werden soll, bringt es gerade für solche Kreise Verschlechterungen, die sozial besonders schutzbedürftig sind.

Das trifft zu auf die mittleren Gruppen. Wie können Sie es verantworten, gerade den Angestellten und gewerblichen Arbeitern, die unter den augenblicklichen starken Steigerungen der Lebenshaltungskosten so zu leiden haben, noch größere Lasten aufzuerlegen, während sie für alle übrigen Gruppen die Steuerlasten verringern? Keine Freunde werden nicht für diesen Antrag stimmen, sondern müssen Ihnen die Verantwortung dafür überlassen. Der Staatssekretär Popph hat Berechnungen über den Ausfall angestellt, die nicht zutreffen. Angesichts des starken Widerstandes gegen die Erhöhung des Existenzminimums werden wir uns vorläufig damit begnügen, die festen Ermäßigungen für Ehefrau und Kinder herauszuheben. Nun hat Herr Popph berechnet, daß durch unseren Antrag ein Ausfall von 700 Millionen entstehen würde. Nach meinen Berechnungen würde nur ein Ausfall entstehen, der unter 300 Millionen zurückbleibt. (Hört, hört! bei den Soz.) Aber was bedeuten denn überhaupt solche Ausfallsberechnungen?

Beim Ueberleitungsgeleit wurde uns ein Ausfall von 500 Millionen vorgerechnet, tatsächlich ist nur die Hälfte des Ausfalls eingetreten. (Hört, hört! bei den Soz.)

Ihre Ausfallsberechnungen sind noch niemals richtig gewesen und darauf gründe ich meinen Vorwurf der Kurzsichtigkeit, den ich gegen die Regierung richte. Sie wollen wiederum eine Regelung schaffen, die nur für mehrere Wochen gilt, vollständig außer acht gelassen ist die Lohnentwicklung, die nach vorwärts geht, die nach einem Zentrumsantrag zu begrenzenden Einnahmen aus der Lohnsteuer auf 1200 Millionen Mark und die wieder zu erwartenden höheren Einnahmen. Die von der Regierung angeführten Argumente lassen sich nur durchführen in dem Rahmen des Systems, das unser Antrag vorschlägt. Es muß vor allem vermieden werden, daß das Existenzminimum um so höher wird, je höher das Einkommen ist. In allem Ernst erklären wir der Regierung: die Lohnsteuer läßt sich nur verteidigen, wenn ein einfaches, klares System geschaffen wird mit festen Abzügen. Unser Eventualantrag bewegt sich hart an der Grenze des Erträglichen, er nimmt die weitestgehende Rücksicht auf die Reichsfinanzen. Aber innerhalb dieser Grenzen ist er nach jeder Richtung vertretbar, es läßt sich kein sachlicher Einwand gegen ihn erheben. Wenn Sie nicht wollen, daß bei den Lohnsteuerpflichtigen ein Gefühl der Bitterkeit zurückbleibt, so müssen Sie dem Antrag meiner Fraktion zustimmen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Neubauer (Komm.) weist darauf hin, daß die allgemeine Erhöhung der Löhne und Gehälter, die wegen der einseitigen Teuerung in nächster Zeit erfolgen müsse, den Ertrag der Lohnsteuer wesentlich erhöhen werde, so daß eine entsprechende Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums unbedingt geboten sei.

Abg. Schneider (Dem.) wendet sich gegen die Ausführungen des Staatssekretärs Popph und betont, es sei ganz unmöglich, die finanzielle Wirkung des plötzlich eingebrachten Kompromißantrages genau zu berechnen. Nach dem vorliegenden Text des Antrags habe er

### eine ganz unsoziale Wirkung.

Staatssekretär Popph hält die Auslegung des Antrags durch den Abg. Schneider für unzutreffend. Eine andere Formulierung werde später erfolgen. (Große Unruhe und Protestrufe links.)

Abg. Dr. Herz (Soz.): Es ist bezeichnend für die Steuerpolitik der Regierung und der Regierungsparteien, daß sie kurz vor der Abstimmung noch nicht einmal eine klare Formulierung ihrer Anträge gefunden haben.

Damit schließt die Aussprache über diesen Abschnitt. Präsident Löbe teilt mit, daß jedoch von den Regierungsparteien ein handschriftlicher Antrag eingegangen sei, der eine andere Formulierung des Kompromißantrages zum § 70 vorschlägt.

Danach bleiben für die Ehefrau und für jedes minderjährige Kind je 10 Proz. des Arbeitslohnes, der über das Existenzminimum hinausgeht, vom Steuerabzug frei. Es bleiben steuerfrei für die Ehefrau 120 M., für das erste Kind 120 M., für das zweite Kind 240 M., für das dritte Kind 450 M., für das vierte und jedes folgende Kind je 600 M. jährlich, wenn der nach Ziffer 1—5 insgesamt steuerfrei bleibende Betrag höher ist als der nach Ziffer 1 insgesamt steuerfrei bleibende Betrag.

Die Abg. Dr. Herz (Soz.) und Neubauer (Komm.) erklären, es sei ganz unmöglich, den Sinn dieses im letzten Augenblick eingebrachten Antrags im Moment zu verstehen, die Abstimmung müsse zurückgestellt und eine neue Aussprache darüber zugelassen werden.

Auf Vorschlag des Präsidenten Löbe wird die Abstimmung über die §§ 52 und 70 zurückgestellt, bis der neue Antrag der Regierungsparteien gedruckt vorliegt.

Beim § 50 werden die Anträge der Opposition abgelehnt und der Antrag der Regierungsparteien wird angenommen. Die §§ 51 und 53 werden nach der Ausschussvorlage angenommen.

§ 54 steht nach der Ausschussvorlage für die Einkommensteuer folgenden Tarif fest:

Bei 3000 M. Einkommen 10 Proz., für die weiteren angefallenen oder vollen 4000 M. Einkommen 12½ Proz., für die weiteren 4000 M. 25 Proz., die weiteren 4000 M. 20 Proz., die weiteren 8000 M. 25 Proz., die weiteren 18 000 M. 30 Proz., die weiteren 34 000 M. 35 Proz. und für die weiteren Beträge des Einkommens 40 Proz.

### Abg. Eggerstädt (Soz.)

stellt fest, daß in der wichtigsten anderen Staaten die hohen Einkommen schärfer, die unteren Einkommen dagegen niedriger besteuert werden als in Deutschland. Die Regierung der Reichsparteien geht den bequemsten Weg, alles den breiten Massen aufzubürden. Der sozialdemokratische Antrag will die niedrigen Einkommen und die kinderreichen Familien schonen, dafür aber die hohen Einkommen schärfer heranziehen. Die Sozialdemokratie bewegt sich mit ihren Forderungen zum Tarif durchaus in den Grenzen des wirtschaftlich Erträglichen und Durchführbaren.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Weber (Komm.) wird § 54 unter Ablehnung der Änderungsanträge in der Ausschussfassung angenommen.

Die weiteren Paragraphen bis § 60 werden unter Ablehnung der Änderungsanträge der Opposition in der Ausschussfassung angenommen.

§ 61 bestimmt, daß zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet sind Steuerpflichtige, deren Einkommen im Steuerabchnitt den Betrag von 5000 M. übersteigt, ferner alle Steuerpflichtigen, deren Gewinn aus ihren Büchern zu ermitteln ist, und diejenigen, die dazu vom Finanzamt besonders aufgefordert werden.

Abg. Neubauer (Komm.) begründet einen Antrag auf Offenlegung der Steuerliste. Die Regierung begünstige geradezu die Steuerhabeicht, die besonders von den Agrariern getrieben wird. Der Redner verweist auf das Rundschreiben eines ostpreussischen Landwirtschaftsverbandes, in dem darüber geflagt wird, daß bereits 50 Proz. der Mitglieder die Steuern bezahlt hätten. Die übrigen Mitglieder sollten Stundungsgesuche einreichen. Als der Redner in diesem Zusammenhang wiederholt von Steuerdrückbergern spricht, erklärt

Vizepräsident Graef: Ich nehme an, daß Sie damit kein Mitglied des Hauses meinen. Sie sollten aber Ihre Handbewegungen so einrichten, daß es nicht diesen Anschein erweckt. (Großes Gelächter bei den Komm., Rufe: Schreiben Sie doch in der Geschäftsordnung die Handbewegungen vor.)

Abg. Dr. Herz (Soz.): Dieser Antrag ist hier nicht eilig. Wir müssen diese Frage bei der Kapitalverehrsteuer allgemein regeln, wir werden deshalb jetzt dem Antrag unsere Stimme nicht geben.

Die §§ 61—64 werden unverändert angenommen. Der beantragte § 64 wird abgelehnt. Es folgt die Beratung der §§ 69—80, die die näheren Bestimmungen über die Lohnsteuer enthalten.

### Abg. Frau Krüning (Soz.)

begründet einen sozialdemokratischen Antrag zu § 73, wonach Heimarbeiter, bei denen der Lohn erfahrungsgemäß hinter den in § 70 Abs. 1 und 2 festgesetzten Löhnen zurückbleibt, vom Steuerabzug freizulassen sind. Wenn die Regierung die Berliner Heimarbeiterausstellung besucht hätte, dann würde sie nicht den Heimarbeitern eine so große Belastung zugemutet haben. In ganz ungerechtfertigter Weise werden den Ärmsten diese Steuern abgenommen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. Herz (Soz.) fragt, welche Antwort die Regierung auf diese Darlegungen geben wolle.

Ein Regierungsoffizier erklärt dazu, daß auf Vermutungen hin das System nicht durchbrochen werden dürfe.

### Abg. Dr. Herz (Soz.):

Es gibt große Kostendruckgebiete, wo der Lohn der Heimarbeiter weit unter dem Existenzminimum des Existenzgesetzes liegt. Jedes Finanzamt, jede Organisation, jede Handelskammer kann Auskunft darüber geben, in welchen Fällen keine Lohnsteuerpflicht besteht. Und in solchen Fällen, wo der Lohn 200, 300 bis 500 M. im Jahre beträgt, soll unser Antrag Abhilfe schaffen. Wir wollen die armen Leute im Vogtlande, im Erzgebirge, in Thüringen, die sich für wenige Groschen abquälen, von der Steuerpflicht befreien. Die Verweisung auf die Rückerstattung der gezahlten Steuern beweist nur, daß von diesen armen Leuten zu Unrecht Steuern erhoben werden. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Höllein (Komm.) unterstützt den sozialdemokratischen Antrag.

Abg. Frau Behm (Dnat.): Die Heimarbeiter seien in der Mehrzahl schon steuerfrei, zum Teil würden aber höhere Löhne gezahlt und diese Leute müßten Steuern zahlen, sie müßten stolz darauf sein, Steuern zu zahlen. (Stürmischer Widerspruch links.)

### Staatssekretär Popph:

Die Schwierigkeit einer allgemeinen Regelung der Frage besteht bei denen, die nicht das ganze Jahr hindurch arbeiten. In der vorliegenden Form bietet der sozialdemokratische Antrag keine Handhabe zur gesetzlichen Regelung. Das Reichsfinanzministerium werde in den betreffenden Gegenden eine Enquete veranstalten, um die Lohn- und Umsatzsteuerverhältnisse festzustellen. Die Besteuerung der Heimarbeiter solle dann so gestaltet werden, wie es den Verhältnissen angemessen sei. Vielleicht werde sich bis zur 3. Lesung eine zweckmäßige Lösung finden lassen.

Angesichts dieser Erklärung der Regierung und der Tatsache, daß auch die Regierungsparteien dem Grundgedanken des sozialdemokratischen Antrags zustimmen, zog Abg. Dr. Herz (Soz.) diesen bis zur 3. Lesung wieder zurück.

Nach Ablehnung der weiteren Änderungsanträge werden die §§ 63—80 in der Ausschussfassung angenommen.

Inzwischen ist der neue Kompromißantrag zur Lohnsteuer eingegangen. Der neue Antrag sieht durch eine genauere Formulierung ausdrücklich vor, daß die Mindestsätze für Ehefrau und Kinder gelten, wenn sie zusammen einen höheren steuerfreien Betrag ergeben, als bei dem prozentualen Abzug. Dieser Antrag findet Annahme.

Der Einkommensteuervertrag wird dann in der Fassung des Ausschusses und der Regierungsparteien unter Ablehnung aller Anträge der Opposition angenommen.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der bei der Lohnsteuer die steuerfreien Abzüge für die Ehefrau und die Kinder gegenüber der Ausschussfassung und den Kompromißanträgen erhöhen will, wird in unzureichender Abstimmung mit 228 gegen 183 Stimmen abgelehnt.

Annahme findet auch hier der Kompromißantrag, die u. a. für die Ehefrau und das erste Kind 120 Mark jährlich steuerfrei lassen will, für die folgenden Kinder erhöht sich dieser Freibetrag.

Abg. Schredl (Soz.) wendet sich bei Besprechung des § 81, der die Art der Festsetzung der Kirchensteuern regelt, gegen hierzu vorliegende Anträge der Kompromißparteien, die den Reichsfinanzminister ermächtigen wollen, Pauschbeträge für die Kirchensteuern

festzusetzen, wenn die Landesregierungen dies nicht rechtzeitig tun. Der Redner legt sich für einen sozialdemokratischen Antrag ein, der diesen „Kirchensteuerparagrafen“ streichen will.

Abg. Bierath (Komm.) begründet einen nach gleicher Richtung zielenden Antrag.

### Krach.

Unter großer Unruhe des Hauses macht Abg. Bierath (Komm.) beleidigende Ausführungen gegen die Kirche. Vizepräsident Graef bittet ihn wiederholt, doch Rücksicht auf die Gefühle eines großen Teiles des Hauses zu nehmen. Die Erregung erreicht ihren Gipfelpunkt, als der Redner behauptet, die Kirche verdiene um so weniger die Unterstützung des Reiches, als sich gerade unter ihren Anhängern im Rheinlande zahlreiche Separatisten befänden. Abg. Esser (Z.) springt erregt auf und ruft dem Redner zu: Unverschämter Lügner! Von den Kommunisten werden erregte Gegenüberstellungen getan. Die Mitglieder der Zentrumspartei geraten in immer größerer Erregung, als die Behauptung, daß Anhänger der Kirche im Rheinlande sich während am Separatismus beteiligen hätten, von den Kommunisten aufschierhalten wird. Beschimpfungen fliegen herüber und hinüber.

Vizepräsident Graef ist es unmöglich, Herr des ungeheuren Lärms zu werden.

Als Abg. Esser (Z.) den Kommunisten zuruft: Herr Höllein, halten Sie Ihre Bande in Ordnung, kürzt der kommunistische Abg. Jadausch auf den Abg. Esser zu. Der demokratische Abg. Dr. Haas, der seinen Platz an dem Sektorgang hat, versucht den vorstürzenden Abg. Jadausch aufzuhalten, wird von diesem aber zur Seite geworfen. Mehr Erfolg hat Abg. Kottell (Dem.), dem es gelingt, den Abg. Jadausch festzuhalten. Inzwischen sind auch die kommunistischen Abg. Höllein und Neubauer in bedrohlicher Weise in die Nähe des Platzes des Abg. Esser gekommen. Abg. Esser selbst hat sich etwas in den Hintergrund des Saales zurückgezogen. Bevor es zu weiteren Ausschreitungen kommen kann, gelingt es dem Vizepräsidenten Graef mit seiner Glorie und Stimme, den Lärm soweit zu überdönen, daß er dem Hause mitteln kann, er würde

die Sitzung auf eine Viertelstunde unterbrechen, um mit dem Vorkommenden darüber zu beraten, welche Konsequenzen sich aus diesem Vorfalle ergeben.

Um 9 Uhr 10 Minuten eröffnet Vizepräsident Graef wiederum die Sitzung. Er teilt mit, daß sich der Vorkommende mit den Vorgängen am Schluß der vorigen Sitzung beschäftigt habe. In Uebereinstimmung mit dem Vorkommenden müsse er den Abg. Jadausch, der einen tatsächlichen Angriff gegen ein Mitglied dieses Hauses versucht habe (Widerpruch bei den Komm.) und der an der Volkführung nur dadurch verhindert worden sei, daß andere Abgeordnete sich dazwischengeworfen hätten, für die Dauer dieser Sitzung ausschließen. (Lärm b. d. Komm.). Der Vizepräsident stellt fest, daß Jadausch nicht mehr im Saale ist und erklärt die Angelegenheit dadurch für erledigt. (Große Unruhe bei den Komm. und Zurufe: Und was geschieht mit Esser?) Ich habe keine Veranlassung, gegen den Abg. Esser einzuschreiten, der provoziert worden ist. (Lobender Lärm bei den Komm., der Abg. Koenen ruft dem Zentrum zu: Organisierte Räuberbande! und wird dafür zur Ordnung gerufen, ebenso ein anderer kommunistischer Abgeordneter, der diesen Zuruf wiederholt. Es enschlacht Minutenlanger Lärm. Die Kommunisten rufen im Chor: Esser zur Ordnung!)

Vizepräsident Graef teilt weitere Ordnungsrufe aus und droht mit einer neuen Unterbrechung der Sitzung.

Als etwas Ruhe entstanden ist, will der Präsident die Beratungen fortsetzen lassen. Da verlangt der Abg. Bierath (Komm.) das Wort. (Stürmischer Widerspruch bei den Rechtsparteiern.) Vizepräsident Graef erklärt, daß nach seiner Ansicht Bierath seine Rede beendet habe (Lobender Widerspruch bei den Komm.).

Die Kommunisten rufen dem Präsidenten: Schieber! zu. Vizepräsident Graef richtet die Frage an das Haus, ob es den Abg. Bierath weiter hören wolle. Von den Regierungsparteiern erschallt ein einmütiges Nein als Antwort. Die Kommunisten brechen in wildes Geschrei aus. Sie leisten der Aufforderung des Präsidenten, sich auf ihre Plätze zu begeben, keine Folge und werden mehrfach zur Ordnung gerufen.

Der Tumult wächst immer mehr an, so daß der Vizepräsident schließlich wiederum die Sitzung unterbricht, und zwar auf zehn Minuten.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung, nach 10 Uhr, erklärt Vizepräsident Graef, er habe vor der Unterbrechung dem Abg. Bierath (Komm.) das Wort nicht erteilt, weil er annahm, dieser habe in der vorhergehenden Sitzung seine Rede beendet. Er, der Vizepräsident, habe sich inzwischen davon überzeugt, daß das nicht der Fall war. Abg. Bierath könne also seine Rede fortsetzen. (Gelächter bei den Komm.)

Als Abg. Bierath (Komm.) das Wort nimmt, verlassen die Mitglieder des Zentrums den Saal. Abg. Bierath erklärt, er habe in seinen Ausführungen nicht die Religion herabgesetzt, sondern lediglich die Auswüchse des Pfaffenstums gekehrt. (Vizepräsident Graef ruft den Redner wegen des Ausdrucks „Pfaffenstum“ zur Ordnung.) Abg. Bierath kündigt an, daß seine Freunde die Beschlüsse der Reichstagsmehrheit mit einer regen Propaganda für den Kirchensteuerstreit beantworten würden.

Der kommunistische Antrag auf Streichung des Kirchensteuerparagrafen wird abgelehnt, der Kompromißantrag der Regierungsparteiern angenommen.

(Schluß des Berichtes im Hauptblatt.)

Der Reichstagsabgeordnete Neumann-Ostpreußen (Z.) erlitt im Reichstage infolge der Anstrengungen der letzten Tage einen Schwächeanfall, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

### Die neue Lohnsteuerregelung.

In den Steuerkämpfen der letzten Monate hat die Sozialdemokratie vor allem das Ziel verfolgt, den Lohnsteuerpflichtigen die dringend gebotene Entlastung zu verschaffen. Bei dem bisherigen System der prozentualen Bemessung der steuerfreien Beträge wäre die Wirkung der sozialdemokratischen Entwürfe auf Schonung der Lohn- und Gehaltseinkommen die gewesen, daß die Entlastung um so größer geworden wäre, je höher das Gehalt ist. Den Hauptanteil von den Schonungsansprüchen der Sozialdemokratie hätten also nicht die Arbeiter und niederen Beamten, sondern die Beamten mit 8000 Mark hohen Jahreseinkommen und mehr gehabt. Hier erreichte bei großer Kinderzahl der steuerfreie Betrag eine Höhe, die das gesamte Arbeitereinkommen um ein Vielfaches übertraf.

Die sozialdemokratische Forderung ging deshalb dahin, den steuerfreien Einkommensteil wieder, wie in früheren Jahren, nach festen Sätzen zu bemessen, so daß er beim hohen Gehaltseinkommen nicht größer ist, wie bei einem kleinen Lohnneinkommen. Natürlich war dabei vorausgesetzt, daß der feste Satz das steuerfreie Einkommen für alle Lohnsteuerpflichtigen ausreichte hoch bemessen werde.

Nach langen Ringen im Steuerausschuß des Reichstags ließen sich Regierung und Regierungsparteiern dazu herbei, wieder feste Sätze zu genehmigen. Aber sie legten sich auf so niedrige Sätze fest, daß verheiratete Steuerpflichtige mit zwei Kindern z. B. schon bei Einkommen unter 3000 Mark schwerer belastet wurden, als nach dem System der prozentualen Festsetzung. Bei größerer Kinderzahl erpab sich bei Einkommen dieser Höhe sogar eine ganz bedeutende Mehrbelastung.

Gegen diese Gestaltung erhob die Sozialdemokratie sofort scharfen Widerspruch. Zunächst vergebens. Als aber auch die bürgerliche Presse, die Gewerkschaften und der Bund der Kinderreichen heftige Kritik an der neuen Regelung übten, sahen sich Regierung und Regierungsparteiern veranlaßt, ein wenig einzulassen. Statt jedoch dem einfachen sozialdemokratischen Antrag auf ausreichende feste Sätze zuzustimmen, kügelten sie ein neues kompliziertes System aus. Sie schufen ein Doppelsystem von prozentualen und festen Sätzen mit der Bestimmung, daß dem einzelnen Steuerpflichtigen jeweils die für ihn günstigeren Sätze zugute kommen sollen. Die Betriebe, die den Steuerabzug durchzuführen haben, werden von dieser Erschwerung ihrer Arbeit nicht sehr erbaut sein.

Wie sieht nun diese Gestaltung aus? Vom Arbeitslohn sollen frei bleiben 600 Mark jährlich als steuerfreier Lohnbetrag (zerlegt in Monats- und Wochenquoten). Dazu kommen 180 Mark Werbungskosten, ferner 180 Mark für Sonderleistungen (Versicherungsbeiträge) ufm. Zusammen also für den unverheirateten Steuerpflichtigen 960 Mark. Bei verheirateten Lohnsteuerpflichtigen sollen weiter hinzukommen für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind 10 Proz. des über den Betrag von 960 Mark hinausgehenden Einkommens, jedoch mindestens für die Ehefrau 120 Mark, für das erste Kind 120 Mark, für das zweite Kind 240 Mark, für das dritte Kind 480 Mark, für das vierte und jedes folgende Kind je 600 Mark.

Mit Rücksicht auf die geringe Kaufkraft des Geldes und die Inflation der Zollpolitik in Aussicht stehende weitere Preissteigerung sind diese Sätze völlig ungenügend. Die Reichsregierung und ihre Parteien hätten sich ihr kompliziertes System ersparen können, wenn sie den folgenden von der Sozialdemokratie beantragten Sätzen zugestimmt hätten:

Steuerfreier Lohnbetrag 840 Mark, für Werbungskosten 180 Mark, für Sonderleistungen 180 Mark, für die Ehefrau 300 Mark, für das erste und zweite Kind 300 Mark, für das dritte und vierte Kind 480 Mark, für das fünfte und jedes folgende Kind je 600 Mark.

Die Schonung, die mit diesem Antrag die Lohnsteuerpflichtigen erfahren hätten, reicht bei weitem nicht heran an die Entlastung, die dem großen Volk durch die neue Steuerreform gewährt wird. Trotzdem stimmte die Rechtsmehrheit den sozialdemokratischen Antrag nieder. Auch die sogenannten Arbeitervertreter im Zentrum und bei den Deutschnationalen lehnten wieder einmal den Schutz der Arbeiter, Angestellten und Beamten ab!

### Ein Dementi des Landwundministers.

Zur Frage der Zölle.

Zu dem am Mittwoch abend im „Vorwärts“ veröffentlichten Bericht über die Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses des Reichstages über die Zollfragen teilt das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft folgendes mit:

Es ist unrichtig, daß der Reichswirtschaftsrat mit den Zöllen nicht befaßt worden ist, daß vielmehr diese Zölle erst eingeführt worden seien, nachdem die Vorlage den Reichswirtschaftsrat bereits passiert habe. Richtig ist, daß die Vorlage so, wie sie dem Reichsrat vorgelegt worden ist, also mit den Zöllen, dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt hat, und daß dieser nach Anhörung aller in Frage kommenden Interessentengruppen, also auch der Verbraucherinteressen, die Vorschläge der Regierung bewilligt hat.

Diese Regierungsvorläge sehen nur für Teile in anderen Verhältnissen als in Hüllern oder Lantwagen die Wiedereinführung der Vorkriegszölle in Höhe von 20 R. vor. Diese Zölle, die für die Masseneinfuhr von Doleen nicht in Frage kommen, sind im Kompromiß der Regierungsparteiern entgegen anders lautenden Nachrichten nicht herabgesetzt und vom Handelspolitischen Ausschuss angenommen worden.

Die Zölle für die übrigen fetten Dole, soweit sie für die Masseneinfuhr in Frage kommen, sind in der Regierungsvorlage, die, wie gesagt, vom Reichswirtschaftsrat gebilligt worden, gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich herabgesetzt worden. Während die Zölle in der Vorkriegszeit, abgesehen von rein technischen Doleen, durchschnittlich 10—12 R. betragen, sind sie in der Regierungsvorlage auf ein Drittel, d. h. auf 4 R., festgesetzt worden. Der Handelspolitische Ausschuss des Reichstages hat den Zoll für eine einzige Unterposition, nämlich für Bucheckernöl, Erdnußöl usw. auf 2 R. ermäßigt.

Die Regierungsvorlagen sind auf Grund von eingehenden Beprobungen mit allen Interessenten zur Vorbereitung des neuen Zolltarifs aufgestellt worden. Da diese Beprobungen mit den Interessenten kein abschließendes Bild ergeben haben, sind dem Reichswirtschaftsrat von der Reichsregierung die Vertreter sämtlicher Interessentengruppen, insbesondere auch der freien Margarine-Industrie, zur nochmaligen Anhörung als Sachverständige benannt worden. Der Reichswirtschaftsrat hat die benannten Sachverständigen auch vernommen.

Dieses Dementi wendet sich gegen unwesentliche Einzelheiten, die gestern im Handelspolitischen Ausschuss zur Aussprache gebracht wurden. Tatsache ist, daß die für den Massenverbrauch benötigten Dole in der Regierungsvorlage mit 4 R. Zoll je Doppelzentner belastet werden sollten, daß das selbst den hochschutzzöllnerisch eingestellten Regierungsparteiern zu viel war und daß sie deshalb den Zoll auf die Hälfte herabgesetzt haben. Die Regierung hatte sich mit der Aufstellung eines Zolltarifs von 4 R. lediglich den Interessen der Deilmühlindustrie unterworfen und die Margarineindustrie, die breite Volksmassen mit fetten versorgt, sowie die Margarine selbst auf das schwerste belasten wollen. Dieser ganze Vorgang ist nur ein neuer Beweis für die Oberflächlichkeit — um nicht zu sagen Leichtfertigkeit, mit der die Reichsregierung über die Verteuerung des wichtigsten Lebensbedarfs der breiten Massen verfügte und sich um die Wünsche des Volkes überhaupt nicht kümmerte. Ihr hochschutzzöllnerischer ging soweit, daß sie mit dem vorgeschlagenen Zoll die ausländische Margarineindustrie begünstigte. Dieses Wesentliche der Feststellungen die gestern im Handelspolitischen Ausschuss gemacht worden sind, wird durch das vorliegende Dementi gar nicht berührt.

## Wirtschaft

### Kreditkrise und Reichsbankpolitik.

Wenn es das Ziel der Reichsbank als zentrale Kreditbank ist, die Verhältnisse des Geld- und Kapitalmarktes im Sinne der Gesundheit zu regulieren, so erweckt die Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, die wir auszugeweiht wiedergegeben haben, den Eindruck, daß sich die Politik der Reichsbank neuerdings eher von diesem Ziele entfernt, als daß sie sich ihm nähert. Man muß erlaubt sein, nachdem von wirklichen Sachkenntnissen sowohl der Industrie als des Bankwesens seit langem zur Befreiung der Umstellung und Reinigung der überorganisierten Wirtschaft einer Erhöhung des Diskonts das Wort geredet wird, in der Rede Dr. Schachts nur ein Plaboyer gegen die Herabsetzung des Reichsbankzinses vorzufinden. Die Reichsbank scheint sich also auch unter Schachts Leitung dem

Druck jener Industrie- und Bankkreise nicht entziehen zu können, dem die Reichsbank unter Havensteins Leitung erliegen ist: die Kreditwünsche „der Wirtschaft“ von den kreditpolitischen Notwendigkeiten der Gesamtwirtschaft losgelöst zu betrachten und darüber die zentrale Regulierung der Geld- und Kapitalmarktverhältnisse im volkswirtschaftlichen Sinne zu versäumen. Nur aus diesem Grunde scheint es uns erklärlich, daß die Rede Schachts die Möglichkeit der Erhöhung des Reichsbankzinses auch nicht mit einem Worte berührt.

So kommt es, daß die Rede des Reichsbankpräsidenten nicht jene Bedeutung haben kann, die sie in dem Augenblick der engen Bekämpfung wirtschaftlicher Krisenfolgen mit den Hoffnungen auf deren kreditpolitische Lösung haben müßte. Wenn die Industrie und der Handel bei allen Privatbanken für die benötigten Umschlagskredite 3½—9 Proz. über Reichsbankzins bezahlen müssen, dann genügt es nicht, daß sich die Reichsbank mit dem „mühsam erzwungenen Einfluß auf die Bildung der Zinssätze am offenen Markt“ begnügt und ihr die Verteuerung der Kredite durch allerlei Provisionen bis zum Doppelten des Reichsbankdiskonts einfach labu ist. Es genügt auch nicht, daß sich die Reichsbank darauf beschränkt, die Konfektionierung der Kredite zu verteidigen, die endgültige Preisbildung auf dem Geld- und Kapitalmarkt aber vollständig den privaten Banken zu überlassen und die Hoffnung auszusprechen, daß diese von selbst alles zur Verbilligung der Sparen und Unkosten tun möchten. Als ob die Banken nicht selbst in dem fehlerhaften Firtel der Sanierungskrise gefangen wären, den eine überlegene Führung der Kreditpolitik der Reichsbank gerade sprengen soll. Daß das Problem der heutigen Kreditnot nicht in den offiziell notierten Zinssätzen des Marktes, sondern in den tatsächlich von der Wirtschaft zu zahlenden Kapitalpreisen und in der unerträglich großen Spanne zwischen beiden liegt, das wird auch die Leitung der Reichsbank nicht bestreiten wollen. Dennoch sind auch diese Fragen mit keinem Worte in der Rede Dr. Schachts erwähnt. So muß es durchaus fraglich erscheinen, ob das vom Reichsbankpräsidenten selbst festgestellte allmähliche Anziehen der Zinssätze seit Ende April überhaupt dahin beurteilt werden darf, daß die Beibehaltung des bisherigen Diskontsatzes von 9 Proz. und die weitere Konfektionierung der Kredite noch ausreichen, um die Kontrolle der Reichsbank über die Zinsbildung zu erhalten. Scheint es doch schon bei der Diskontherabsetzung auf 9 Proz. vom 1. Februar so gemessen zu sein, daß die Reichsbank damals frühe Ankündigung der Herabsetzung im Dezember die Banken dazu veranlaßt hätte, daraufhin im Januar sehr große Engagements zu niedrigeren Bedingungen einzugehen. Die Gefahr ist infolgedessen durchaus nicht von der Hand zu weisen, daß in der heutigen bloßen Abwehr neuer Kreditforderungen und der Diskontermäßigung der möglicherweise bereits am 1. Februar begangene Fehler verstärkt wird.

Lieberhaupt dürfte es an der Zeit sein auszusprechen, daß die Reichsbank die deutsche Devisenpolitik nicht nur über die Stabilität der Währung zu beruhigen hat, sondern auch darüber, daß der Reichsbank die Stabilisierung und Sanierung der Kreditverhältnisse gelingen wird. Es ist nicht genug, das A und O aller Reichsbankpolitik in der Stabilhaltung der Währung zu erblicken und die Kreditpolitik wesentlich währungs-, statt auch wirtschaftspolitisch zu führen. Wir gillern nur die Gedankenführung Dr. Schachts in einer seiner kürzlichen Reden, wenn wir die Stabilhaltung der Währung durch Geld- und Devisenpolitik und durch einfache Kreditdrosselung als kein großes Kunststück bezeichnen. Wir halten es an der Zeit, daß die Reichsbank beweisen muß, nicht nur daß sie die schweren Kreditprobleme der heutigen Sanierungskrise lösen will, daran zweifelt kein Mensch, sondern vor allem, daß sie sie auch lösen kann und schließlich tatsächlich löst. Wie die Dinge heute liegen, kann die Wirtschaft, können insbesondere die Privatbanken den gordischen Knoten der bleher festgefesselter Wirtschaftsanierung nicht selbst lösen. Das vermag nur die Reichsbank, die über ihre Notenaußgabepolitik die gewährten Kreditmengen und über ihre Diskontpolitik die von der Wirtschaft gezahlten Kreditpreise regulieren kann.

### Zölle und Häutemarkt.

Es wird uns geschrieben: Die Häuteauktionen haben in den letzten Wochen wesentlich höhere Preise als im Monat Juni ergeben. Für viele Sorten von Fellen ist aus den verschiedensten Gründen eine Preissteigerung von 15 bis 20 Proz. zu verzeichnen. Vor allen Dingen spielt das Anziehen der Viehpreise infolge des Zolles eine große Rolle. Es ist ganz selbstverständlich, daß die erhöhten Preise auf Felle zurückwirken, die seit einiger Zeit für Vieh gezahlt werden.

Man darf aber nicht übersehen, welche Rolle die Spekulation bei der Steigerung der Häutepreise spielt. Dafür liefert die letzte Häuteauktion in Frankfurt a. M. ein treffendes Beispiel. In Frankfurt brachten Schaffelle zum Teil 8 bis 10 Proz. höhere Preise als im Monat Juni. Kabbeile erzielten ebenfalls höhere Preise oder hielten sich mindestens auf dem Stand vom vorigen Monat. Auch die mittelschweren und schweren Häute erzielten ganz gute Ergebnisse. Diese Ergebnisse genügen aber der Auktionsleitung nicht. Sie erklärte, daß in Karlsruhe, Leipzig und Kassel bedeutend höhere Preise gezahlt worden sind, die auch in Frankfurt erreicht werden müssen. Da die Käufer die verlangten Preise nicht boten, wurden die Lose fortwährend zurückgezogen. Auf Grund erreichter Auseinandersetzungen mußte eine Pause eingelegt werden, in der der Zwischenfall besprochen wurde. Aber auch nach der Aussprache war keine Einigung festzustellen. Als die Auktion wieder eröffnet wurde, erklärte die Auktionsleitung, daß es besser wäre, die Auktion auf 14 Tage zu verschieben. Bis dahin glaubt man scheinbar, die verlangten Preise erzielen zu können.

Gibt es eigentlich keine Maßnahmen gegen dieses Treiben?

Zollunion zwischen Frankreich, Belgien und Luxemburg? Zwischen den genannten drei Staaten sind, wie die „Tagespost“ mitteilt, Verhandlungen eingeleitet worden, welche die Schaffung einer Zollunion zum Ziel haben. Der jetzt zwischen Frankreich und Belgien bestehende provisorische Vertrag ist als Vorläufer dieser Zollunion anzusehen.

Niederlegung der polnischen Währung? An der gestrigen Berliner Börse war ein auffallender Rückgang der polnischen Währungseinheit, des Zloty, zu verzeichnen, dessen Goldwert dem des Goldfranken (1 Zloty = 80 Hg.) ungefähr ist. Gegenüber der vorgestrigen Berliner Notierung von 77,25 R. für 100 Zloty wurden gestern nur 69 Mark notiert. Als Grund dafür werden die finanzpolitischen Maßnahmen der polnischen Regierung angegeben. Noch drastischer nimmt sich der Rückgang aus, wenn man den Zloty mit dem Dollar vergleicht, die Parität liegt bei dem Kurs von 4,80 Zloty = 1 Dollar. An der gestrigen Börse wurden für den Dollar 6,78, zeitweilig sogar 6,10 Zloty bezahlt. In der Golddeckung der polnischen Noten und der Kursbewegung des Zloty an den fremden Börsen erscheint der Kursrückgang nicht begründet. Man wird daher abwarten müssen, inwieweit der Rückgang auf die polnische Währung zurückzuführen ist.

Weitere Amerikakredite für Deutschland. Wie wir schon haben von der Deutschen Goldkreditbank mit amerikanischen Banken Verhandlungen wegen der Diskontierung von deutschen Dreimonatswechseln stattgefunden, die bereits zu einem befriedigenden Abschluß geführt haben. — Einer weiteren Währungsfolge soll auch die Rentenbankkreditanstalt einen Abschluß über die Aufnahme einer großen Kasse in Amerika weitgehend vorbereitet haben. Einzelheiten darüber fehlen noch.